

Dokumentation

Innovative Konzepte einer kommunalen Sozial- und Familienpolitik

Familienselbsthilfe und ihr Beitrag zur kommunalen Wertschöpfung

Tagung am 8. Dezember 1998 in Bonn

Deutsches Jugendinstitut e.V. - München

Deutsches Jugendinstitut e.V. (DJI)
Abteilung Familie und Familienpolitik
Projektgruppe Evaluation der Familienselbsthilfe

Finanziell gefördert wurde das Forschungsprojekt:
„Evaluation der Familienselbsthilfe“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren,
Frauen und Jugend.

Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den Autorinnen und Autoren.

Impressum:

Herausgeber: Deutsches Jugendinstitut e.V.
Nockherstraße 2
81541 München
Tel.: 089/62306-0
Fax: 089/62306-162

Bearbeitung: Annemarie Gerzer-Sass, DJI
Layout: Ursula Schindler, DJI
Gisela Schweikl, DJI
Beatrix Zepf, DJI

Organisation der
Tagung: Cornelia Hönigschmid, DJI

Familienselbsthilfe und ihr Beitrag zur kommunalen Wert- schöpfung

Vorwort

Seite 4

Begrüßung

Dr. Rudolf Pettinger
Staatssekretär
Peter Haupt

Seite 5

Ergebnisse

Familienselbsthilfe und
ihre Rolle in einer
innovativen Sozial- und
Familienpolitik auf
kommunaler Ebene
Annemarie Gerzer-Sass

Seite 9

Familienselbsthilfe in
Ostdeutschland –
Vier Thesen
Wolfgang Erler

Seite 23

Familienselbsthilfe als
Motor für die soziale
Wohnqualität in großen
Wohnsiedlungen
Wolfgang Erler

Seite 27

Familienselbsthilfe
unter Nutzen-Kosten-
Überlegungen
Michael Kaufmann

Seite 29

Familienselbsthilfe und
ihre Förderpraxis am
Beispiel Mütterzentren
Monika Jaeckel

Seite 35

Familienselbsthilfe –
Ökonomische Gesichts-
punkte – Chancen für eine
Tätigkeitsgesellschaft
Dr. Gerd Mutz

Seite 41

Foren

Forum 1

Statements:

Dr. Marie-Luise Stiefel
Jugendamt Stuttgart
Dr. Lutz Schmidt
Jugendamt Leipzig

Seite 43

Forum 2

Statements:

Eleonore Wachsmann
Kreisjugendamt Traunstein
Anja Preuster-Stegmair
Mütterzentrum Traunstein
Dr. Jakob Kandler
Wirtschaftsberater

Seite 47

Forum 3

Statements:

Dr. Petra Schmid-Urban
Sozialreferat München
Wilfrid Krüger
Jugendamt
Bergisch Gladbach

Seite 50

Forum 4

Statements:

Dr. Gerd Mutz
Münchner Projektgruppe
für Sozialforschung
Dr. Warnfried Dettling
Freier Publizist

Seite 52

Ausblick

Familienselbsthilfe und die
Landschaft des Sozialen im
21. Jahrhundert
Dr. Warnfried Dettling

Seite 55

Das Forschungsprojekt „Evaluation der Familienselbsthilfe“ versuchte, im Rahmen der Neubestimmung des Sozialen im Umbau der Industrie zur Wissensgesellschaft Potentiale und bürgerschaftliche Energie von Familien sichtbar zu machen. Diese werden insbesondere dann freigesetzt, wenn sie aktiv in Initiativen und in gemeinsamer Verantwortung das Leben mit ihren Kindern versuchen zu gestalten und zu verbessern. Flächendeckend bis in den ländlichen Raum haben sich seit mehr als 15 Jahren solche Initiativen von Familien in vielfältigen Formen entwickelt. Die Wirksamkeit und Weiterentwicklung von Konzepten und Praxis der Familienselbsthilfe waren Gegenstand des Projekts; dabei war es ein wichtiges inhaltliches Ziel, die Konzepte des “Empowerment” und des “Sozialen Kapitals” empirisch fruchtbar zu machen und ihre praktische Bedeutung für sozial- und familienpolitische Aufgaben zu überprüfen.

Die Studie wurde mit einem Methodenmix durchgeführt, wie er seit vielen Jahren zu einer Art Markenzeichen für praxisorientierte Forschungen am DJI geworden ist: Qualitative und quantitative Verfahren wurden miteinander kombiniert und ihre Ergebnisse für die jeweiligen Fragestellungen aufeinander bezogen. Das Spektrum der im Projekt verwandten Evaluationsverfahren reicht von der formativen Evaluation im Rahmen der Entwicklung eines neuen Förderkonzepts für die Bundesarbeitsgemeinschaft der Mütter- und Familienselbsthilfe

über die summative Evaluation bei der Analyse des Profils und Aktivitäts-Spektrums von Familienselbsthilfe bis hin zur ökonomischen Evaluation im Rahmen einer case-study am Beispiel von Eltern-Kind-Initiativen (Nutzen-Kosten-Perspektive).

Die Datenerhebungen erfolgten über standardisierte schriftliche Fragebögen postalisch, leitfadensorientierte, offene Experteninterviews direkt, explorativ, über Einzelbefragungen und Gruppengespräche sowie durch Dokumentensammlungen im Rahmen von Statistiken, Berichten, Diplomarbeiten, Selbstbeschreibungen.

Die Regionalstudien waren ein wichtiger Zugang, die regionale Bedeutung von Familienselbsthilfe für das soziale Angebot für Familien und deren Lebensqualität zu erfassen als auch die Bedingungen, unter denen Familien in urbanen, suburbanen und ruralen kommunalpolitischen Konstellationen aktiv werden, herauszuarbeiten. Über eine ergänzende, von der Stadt München finanzierte Befragung der vom Sozialreferat der Stadt München geförderten Elterninitiativen (Totalerhebung) konnte ein differenziertes Profil von Elterninitiativen ermittelt werden.

Annemarie Gerzer-Sass
Mitarbeiterin der Projektgruppe Evaluation der Familienselbsthilfe

Begrüßung

Dr. Rudolf Pettinger, Leiter der Abteilung Familie und Familienpolitik, DJI

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Haupt, sehr geehrte Damen und Herren !

Ich freue mich über Ihr Interesse an dieser Tagung, weiß ich doch, daß zum Jahresende nicht nur eine gewisse „Tagungshektik“ besteht, sondern sich gerade im kommunalen Bereich die Haushaltsberatungen „verdichten“.

Wir werden heute Vormittag im Plenum und heute Nachmittag in den einzelnen Arbeitsgruppen vor allem über die Ergebnisse eines Forschungsprojekts zur „Evaluation der Familienselbsthilfe“ berichten. Dieses Projekt - wie auch diese Tagung - wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert, und ich möchte hier namentlich für ihren Einsatz und die konstruktive Begleitung Herrn Feith, Herrn Koch, Frau Kornwolf, Herrn Meincke und Frau Zündorf, die zu unterschiedlichen Zeitpunkten das Forschungsvorhaben begleiteten, herzlich danken.

Familienselbsthilfe verfügt zwar noch nicht über die Anerkennung anderer Selbsthilfebereiche, wie z.B. die Selbsthilfeangebote im Gesundheitsbereich; dies läßt sich beispielsweise an den Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge zur Selbsthilfe feststellen, in denen ausschließlich auf den Gesundheitsbereich verwiesen wird. Sie ist aber in den zurückliegenden 15 – 20 Jahren zu einem wichtigen und anerkannten Faktor im sozialen Angebot für Familien aufgestiegen und im sozialen Angebot nicht mehr wegzudenken.

Mit unserem Forschungsprojekt zur „Evaluation der Familienselbsthilfe“ verfolgten wir verschiedene Fragestellungen und Intentionen, deren wichtigste ich Ihnen mit den dabei eingesetzten Forschungsinstrumenten kurz skizzieren möchte:

1. Das Angebot der Familienselbsthilfe hat sich in den zurückliegenden 15 – 20 Jahren stark ausdifferenziert: neben Angeboten der Kinderbetreuung, der Mütter- und Familienzentren, ist eine Vielfalt von weiteren Angeboten entstanden, wie Stillgruppen, Spielgruppen, Initiativen von Stieffamilien und Alleinerziehenden, von Eltern-Kind- und Nachbarschaftsgruppen etc.

Uns interessierten aber nicht nur die Vielfalt der entstandenen Angebote, sondern auch die Veränderungen in den Selbsthilfeeinrichtungen, ihre konzeptionellen Weiterentwicklungen, Professionalisierungstendenzen in den Selbsthilfeeinrichtungen, die Wirkungen interner und externer „Rahmenbedingungen“ und nicht zuletzt die Förderbedingungen. Wir sind diesen Fragen vor allem durch Erhebungen bei den Trägergruppen der Familienselbsthilfe (z.B. von Eltern-Kind-Initiativen) nachgegangen.

2. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands hat auch die Familienselbsthilfe in den neuen Bundesländern Fuß gefaßt. Familienselbsthilfe fand hier nicht nur andere Bedingungen vor, wie z.B. eine starke professionelle Lebensorientierung der ostdeutschen Bevölkerung, sie traf auch auf ein anderes professionelles Angebot – z.B. in den Bereichen der Betreuung von Kindern in den unterschiedlichen Altersstufen; hier stellte sich uns die Frage nach den Entwicklungen der Familienselbsthilfe unter diesen veränderten Bedingungen und ohne die „Tradition“ Westdeutschlands.

Wir gingen diesen Fragen vor allem in Form einiger „Regionalstudien“ nach. D.h. wir wählten je zwei west- und ostdeutsche Regionen aus, in denen wir das Angebot der Familienselbsthilfe eingehender untersuchten: insbesondere interessierten uns ihre Entstehung und ihr heutiger Stellenwert im Angebot der örtlichen familienbezogenen Infrastruktur, ihre Personen- und Strukturabhängigkeiten, die Chancen ihres Weiterbestehens und ihrer Entwicklung.

3. Nicht nur in Zeiten knapper öffentlicher Ressourcen, aber dann besonders, steht die Mittelverteilung und –verwendung unter verstärkten Legitimationsanforderungen. Wir wollten uns diesen Fragen im Rahmen einer Nutzen-Kosten-Analyse nähern, d.h. wir unternahmen den Versuch, einige Wirkungen des Engagements von Eltern in Eltern-Kind-Initiativen in Form monetarisierter Berechnungen zu erfassen.

Wir haben damit für den Bereich der Familienselbsthilfe – zumindest für Deutschland – weitgehend Neuland betreten. Unsere Bemühungen können hier auch nur Pilotfunktion beanspruchen. Eine Weiterführung dieses Ansatzes wäre unbedingt notwendig, auch um die „Nachhaltigkeit“ von Familienselbsthilfe, d.h. z.B. um die öffentlichen und familialen Wirkungen und die Langzeiteffekte in solche Ermittlungen einbeziehen zu können.

4. Eine weitere Intention des Forschungsprojekts zielte auf die Evaluation der überörtlichen Strukturen der Familienselbsthilfe. Auch wenn Familienselbsthilfe zunächst ihre Wirkungen auf örtlicher Ebene und für die an ihr beteiligten Familien entfaltet, bedarf sie für ihre Weiterentwicklung, für Aufgaben der Fortbildung

und ihre politische Repräsentanz der Vernetzung und Ausbildung überörtlicher Strukturen. Auf Wunsch des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend haben wir die Arbeit der in der Bundesarbeitsgemeinschaft der Mütter- und Familienselbsthilfe zusammengeschlossenen Trägergruppen der Mütterzentren, der Elterninitiativen, der Still- und Stieffamiliengruppen in die wissenschaftliche Begleitung einbezogen. Hier standen die Frage der Vernetzung der einzelnen Trägergruppen, die Entwicklung gemeinsamer Perspektiven, der Fortbildung in den Gruppen der Familienselbsthilfe und die Möglichkeiten bzw. Anforderungen der überörtlichen Aufgaben und ihrer Förderung im Vordergrund.

Die rechtliche Grundlage für Maßnahmen der Familienselbsthilfe sehe ich vor allem im Kinder- und Jugendhilfegesetz. Und Familienselbsthilfe entspricht mit dem Prinzip der Eigenaktivität anstelle von Fremdhilfe und der Eigenverantwortung anstelle von Verantwortungsdelegation an professionelle und öffentliche Einrichtungen dem „Ideal“ des Subsidiaritätsgebots des KJHG; sie trägt auch der Forderung nach Wertpluralität der Angebote Rechnung.

Subsidiarität anerkennt aber auch die Notwendigkeit, daß gesellschaftliche Gruppen zur Erfüllung ihrer Aufgaben über strukturelle Voraussetzungen verfügen müssen, zu denen vor allem die öffentliche Anerkennung, Beratung und wirtschaftliche Unterstützung gehören. Gerade zu diesen Zusammenhängen und damit zu den Fragen einer kommunalpolitischen Familienpolitik wollen wir mit dieser Tagung einen Beitrag leisten.

Ich wünsche uns einen anregenden und erfolgreichen Verlauf der Veranstaltung!

Ich bitte nun Herrn Staatssekretär Haupt um sein Grußwort.

Begrüßung

Peter Haupt, Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich begrüße Sie im Namen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sehr herzlich, selbstverständlich auch im Namen von Frau Ministerin Dr. Bergmann.

Die heutige Tagung wendet sich an familien- und sozialpolitische Fachleute vor allem aus der kommunalen Politikebene, aus den Sozialverbänden und der Wissenschaft. Sie bindet zugleich die wesentlichen Vertreter der Familienselbsthilfegruppen mit ein.

Diese Interessengruppen standen schon meiner bisherigen Arbeit nahe und sind mir ebenso in meinem neuen Aufgabengebiet fachlich eng verbunden. Daher freue ich mich, bei dieser Tagung und vor diesem Auditorium die einführenden Worte sprechen zu können.

Die „Familienselbsthilfe“ ist ein Feld, das zwar nicht einer grundsätzlichen Veränderung in der familienpolitischen Landschaft unterliegt, wohl aber der Prioritätensetzung des politischen Gestaltungswillens in unserer Gesellschaft.

Das Projekt „Evaluation der Familienselbsthilfe“, dessen Ergebnisse heute vorgestellt werden sollen, hat im Jahre 1996 begonnen. Ziel dieses Projektes war es zunächst, das Profil der Familienselbsthilfe zu ermitteln, d.h. eine Bestandsaufnahme in der Vielfalt von Trägern und Ausrichtungen in den alten und neuen Bundesländern zu machen, um daraus Erkenntnisse für eine konzeptionelle und strukturelle Weiterentwicklung der Familienselbsthilfe zu gewinnen.

Die Studie will weiterhin aufzeigen, welches „Soziale Kapital“ durch die Wirkweisen der Familienselbsthilfe bei Einzelnen oder Gruppen freigesetzt wird, und außerdem welche monetären Ersparnisse auf kommunaler Ebene durch den Einsatz von engagierten Laien und ehrenamtlich Tätigen erbracht werden können.

In der Rückkoppelung sollen die dokumentierten Erkenntnisse die politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen zum Nachdenken veranlassen, welche speziellen und bedarfsgerechten Förderungen ihrerseits für die Träger der Selbsthilfe möglich und nötig sind, um damit einen effizienten und sogar fiskalisch günstigen Beitrag für das soziale Wohl der Mitbürger zu erbringen.

Die Studie hatte sich folgende Leitfragen gestellt:

Welches Potential bildet Familienselbsthilfe

- bei der Lösung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie,
- bei der Stärkung von Nachbarschaften,
- bei der Stärkung von familialer Sozialisation,
- bei einer familien- und kinderfreundlichen Umwelt,
- bei kommunalpolitischem Engagement?

Die Evaluation sollte die wesentlichen familienpolitischen, frauenpolitischen und arbeitsmarktpolitischen Fragestellungen aufgreifen, um herauszufinden, welche gesellschaftlichen Impulse von der Familienselbsthilfe ausgehen und inwieweit Erfahrungen und Kompetenzen aus diesem Bereich auf andere gesellschaftliche Bereiche übertragen werden können.

Auf die Ergebnisse der Studie und auf den Nachdenkensprozeß darf man gespannt sein.

Ich sagte eingangs, daß die Familienselbsthilfe in ihrer politischen Bewertung stärker fokussiert wird. Die Koalitionsvereinbarung unserer Regierung unterstützt ausdrücklich das ehrenamtliche Engagement in der praktischen Nachbarschaftshilfe und in der Hilfe für den Mitmenschen allgemein, ebenso wie in der Hilfe bei der Wissensvermittlung und dem Zugewinn von Kompetenzen.

Erklärtes Ziel der Regierung ist es, die Selbsthilfenetzwerke zu unterstützen. Wir wollen Deutschland zu einem kinder- und familienfreundlichen Land machen. Und dabei wissen und berücksichtigen wir sehr wohl, daß die Familien und damit auch die bei der Familienselbsthilfe verankerten Ressourcen zu den wichtigsten Leistungsträgern in unserer Gesellschaft gehören.

Das Engagement in der Familienselbsthilfe trifft die Politik auf allen Ebenen im Bereich der Familien-, Sozial- und Jugendhilfe als eine Demokratie von der Basis aus, *und* sie hat die gleichen Ziele.

Wir wollen den Sozialstaat sichern und modernisieren, die Familien bei der Bewältigung von sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen spürbar unterstützen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wesentlich verbessern und dabei den Menschen, auch die vielfältigen Lebensformen der Familie, in besonderem Maße respektieren und schützen.

Ein sehr wichtiges Glied in dieser Vernetzung von Staat und Bürger ist die Familienselbsthilfe mit ihren Trägern. Wir wollen, daß die Familienpolitik auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene besser verzahnt wird, um durch diesen Synergieeffekt mehr Lebensqualität für den Bürger zu gewinnen.

Deshalb soll diese Studie der Anfang eines Dialoges zwischen der Bundesregierung und den Selbsthilfegruppen sein, den wir dazu ausbauen wollen, um gemeinsam dieses gesellschaftspolitische Ziel einer familienfreundlichen Gesellschaft zu erreichen.

Familienselbsthilfe und ihre Rolle in einer innovativen Sozial- und Familienpolitik auf kommunaler Ebene Ergebnisse des Forschungsprojekts „Evaluation der Familienselbsthilfe“

Annemarie Gerzer-Sass, Mitarbeiterin der Projektgruppe Evaluation der Familienselbsthilfe, DJI

Familienselbsthilfe ist mehr als Hilfe zur Selbsthilfe – sie ist eine neue Achse der Familienpolitik

Familienselbsthilfegruppen wie Mütter-, Familien- und Nachbarschaftszentren, Elterninitiativen, Stillgruppen, Stiefelterngruppen und viele andere unterscheiden sich von anderen Selbsthilfegruppen dadurch, daß sie an ihrem familiären Lebenszusammenhang ansetzen und die scheinbar privaten Probleme durch die Erweiterung ihres Familiensystems zu bewältigen versuchen. Gerade am familialen Leben, das auf Gebundenheit, Gemeinschaft und Vertrauen aufbaut, wird deutlich, daß es sich im Widerspruch zu den die Moderne auszeichnenden Werten wie Autonomie, individueller Leistung und Distanz befindet.

Durch die Bildung kleinräumiger Solidarnetze erweisen sich die Familienselbsthilfe-Initiativen dabei als strukturelle Unterstützung bei der Bewältigung der ständig zu erbringenden Anpassungs- und Erziehungsleistung von Familien. Dabei geht es nicht um die Überwindung traditionaler Familienstrukturen, sondern um die Öffnung der Familie. Aus familiensoziologischen Untersuchungen ist bekannt, daß Männer und Frauen in sog. sensiblen Phasen und Übergängen im Lebensverlauf, wie z.B. von der Paarbeziehung in die Familienbeziehung, Übergangsphasen der Kinder aus der Familienbetreuung in die Fremdbetreuung usw. einerseits sehr krisenanfällig sind, andererseits gerade durch solche Umstellungen auch Ressourcen der Selbstgestaltung aktivieren.

Damit verändern die Initiativen die Ansätze der bisherigen Stoßrichtung der Familienpolitik, Fami-

lien als Empfänger familienpolitischer Leistungen wahrzunehmen. Initiativen präsentieren sich vielmehr als Akteure, die Familienpolitik selbst mitgestalten. So bieten Stillgruppen über ihre kleinschigen Unterstützungsnetze eine Stärkung der Mütter und zugleich Anregung und Aufklärung für das Gesundheitssystem an. Mütterzentren formen eine neue Nachbarschaftskultur und ermöglichen niederschwellige Angebote und erschließen neue Dienstleistungsfelder. Elterninitiativen gestalten selbst Kinderbetreuung und fordern das professionelle System in bezug auf pädagogische Konzeption und Rahmenbedingungen heraus. Stiefeltern ermöglichen durch die Bildung neuer Solidarnetze nicht nur die Bewältigung ihrer speziellen Problemlagen, sie regen z.B. auch durch ihre Kompetenz Gesetzgebungsverfahren für diesen Bereich an.

Somit sind Initiativen nicht unbedingt als Reaktion auf die Abwesenheit des Staates in den Feldern zu sehen, vielmehr als Korrektur auf Angebote des Staates, die den veränderten Bedingungen von Familien nicht mehr gerecht werden.

Familienselbsthilfe und ihr Lösungspotential für die Bewältigung von Modernisierungsprozessen in unserer Gesellschaft

Die Modernisierungsprozesse hinterlassen gerade im Kontext der Familien Spuren, die sich auf die Entwertung des häuslichen Nahbereichs, der Ausschließlichkeit der Mutter-Kind-Dyade, der Veränderung der Geschlechterrolle und der Entwertung elterlicher Kompetenzen beziehen.

So schreitet gerade durch die zunehmende Berufsorientierung die **Entwertung des häuslichen Nah-**

bereichs voran. Doch trotz höherer Berufsorientierung von Frauen wird der Erziehungsurlaub zu 98% in Anspruch genommen, was aber gerade für die Frauen bedeutet, in dem gesellschaftlich entwerteten Bereich sich als Mutter zurechtfinden zu müssen. Oft sind damit auch räumliche Veränderungen verbunden, so daß Vereinzelung und Isolation junger Mütter eher die Regel als die Ausnahme sind. Da genau nun setzen Mütterzentren und auch Stillgruppen an und bieten durch Treffpunktmöglichkeiten bis hin zur eigenen Zentrumsgestaltung Rückhalt und Stärkung der eigenen Lebenssituation. Gerade die damit verbundenen Reflexionsmöglichkeiten, was es bedeutet, mit Kindern hier und jetzt zu leben, ermöglichen oftmals den Einstieg in ein aktiv gestaltetes Leben mit Kindern. Es ist keine Seltenheit, daß aus der Besucherin einer Stillgruppe eine aktive Mütterzentrumsfrau, die Mitbegründerin einer Elterninitiative oder später eine Elternsprecherin in der Schule wird. Gerade unter dem Aspekt der großen Akzeptanz des Erziehungsurlaubs stellen diese Initiativen eine unverzichtbare flankierende Maßnahme für junge Frauen dar.

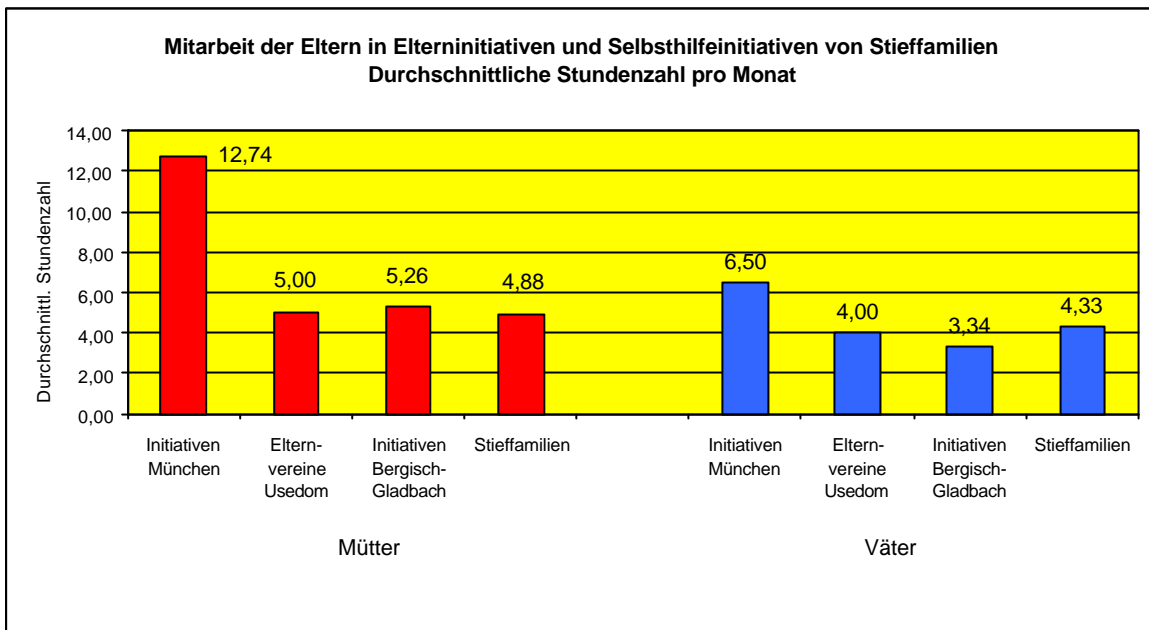
Im Widerspruch zu der zunehmenden Entwertung des häuslichen Nahbereichs steht der Anspruch an die **Ausschließlichkeit der Mutter-Kind-Dyade**. Diese beschreibt nicht nur die Über- sondern auch Unterforderung der Mutter-Kind-Beziehung und die daraus resultierende Verunsicherung, wenn Mütter dieser Anforderung nicht voll entsprechen können. Die Erkenntnis, daß Kinder in ihrer Frühsozialisation jenseits der Mutter-Kind-Bindung einen öffentlichen Raum brauchen, wird von den Initiativen dahingehend umgesetzt, daß sie Netze für Mütter *und* ihre Kinder schaffen. Nicht durch Zufall sind in Familienselbsthilfe-Initiativen zu ca. 80% Müt-

ter/Frauen aktiv. Sie kompensieren damit nicht nur die Reduktion von Sozialerfahrungen ihrer Kinder durch die Zunahme von Einzelkindern, sondern setzen die Erkenntnis um, daß eine gelungene kindgerechte Sozialisation ein kleinräumiges, erweitertes Solidarnetz voraussetzt.

Die Veränderung der Geschlechterrollen spiegelt sich in den Familienselbsthilfe-Initiativen auf zwei Ebenen: Zum einen nutzen die Frauen, die heute in Verbindung mit höheren Bildungsabschlüssen eine steigende Berufsorientierung aufweisen, den Ausstieg aus dem Erwerbsleben im Rahmen des Erziehungsurlaubs als Übergangsphase, die sie aktiv mitgestalten. Sie wird von ihnen als vorübergehende Lebensphase gesehen, die nicht in die Sackgasse der Ausschließlichkeit von Mutter und Hausfrau führt, sondern auch die Optionen für den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben bietet, was vor allem durch das Engagement in den Initiativen und dem damit verbundenen Zuwachs an Kompetenzen ermöglicht wird. Zum anderen wird – da 80 % der darin Engagierten Frauen sind – in den Familienselbsthilfe-Initiativen ein Teil von Frauenkultur sichtbar, die sich hiermit einen neuen öffentlichen Raum jenseits der Erwerbskultur erobert hat.

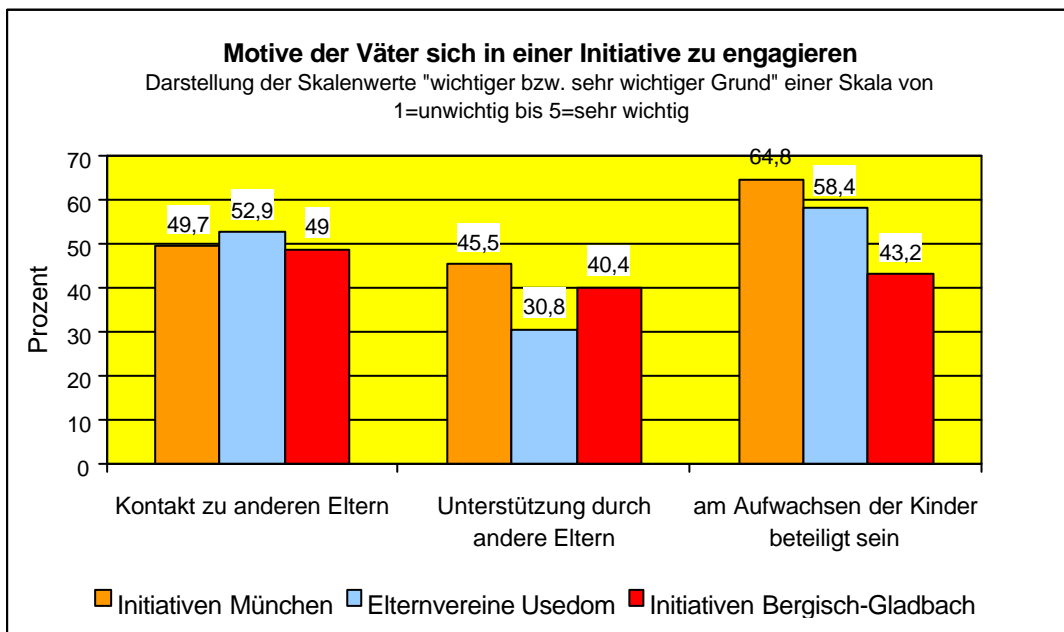
Wie aber das Engagement in Elterninitiativen und Stiefelterngruppen zeigt, ist auch Platz für die Väter. Allerdings ist hierbei ihr zeitliches Engagement deutlich geringer als das der Mütter, wie unsere Befragungsergebnisse zeigen (siehe Abb. 1). Dies trifft auch dann zu, wenn Mütter und Väter in gleichem zeitlichen Umfang in den Beruf eingebunden sind.

Abb. 1



Aber es zeigt sich hierin auch eine neue Elterngeneration. Gerade für die Väter ist das Motiv, am Aufwachsen der Kinder mitbeteiligt zu sein, ein wesentliches Motiv des Engagements (siehe Abb. 2).

Abb. 2



Auch neueste Zeitbudgetstudien zeigen, daß unter Inkaufnahme der geringeren zeitlichen Anteile für die Partnerschaft mehr Zeitanteile der Väter für die Kinder aufgebracht werden. Damit treten auch Überlastungseffekte in der Partnerschaft auf, die Initiativen dadurch zu kompensieren versuchen, daß sich die Elternpaare wechselseitig unterstützen. So nennen die Väter in den von uns befragten Elterninitiativen als wichtiges Motiv sich zu engagieren, Unterstützung durch andere Eltern zu erhalten (Abb. 2).

Familienselbsthilfe und das KJHG – Einlösung der im KJHG enthaltenen Aufforderung, die Handlungs- und Erziehungskompetenzen der Eltern zu stärken

Grundlage aller Familienselbsthilfe-Initiativen ist, an den Kompetenzen von Eltern anzusetzen und diese zu erweitern. Nicht Hilfebedürftigkeit und entsprechend professionelle Bearbeitung ist das Ziel der Aktivitäten, sondern die Stärkung von eigenen Fähigkeiten und dies auch in Situationen von Mangel. Durch die verschiedenen Aktivitäten der Mütter wie bei den Stillgruppen und Mütterzentren, der Eltern untereinander, wie bei den Elterninitiativen und Stiefelterngruppen, entsteht nicht nur gemeinschaftliche Stärke und soziale Phantasie, sondern die Mütter/Eltern werden durch

die Kompetenzvermittlung untereinander in den Stand versetzt, ihre Probleme mehrheitlich selbst zu lösen. In manchen Feldern gibt es eine Zusammenarbeit mit professionellen Kräften, wie z.B. bei den Elterninitiativen, wenn sie Erziehungspersonal einstellen, bei Stiefeltern, wenn sie fachliche Beratung holen, ansonsten zählt das Laienprinzip.

Dies wird auch durch die Strukturen von Initiativarbeit bedingt, die hierarchiearm und basisdemokratisch sind und auf dem Prinzip des „learning by doing“ beruhen, d.h. zusehen, gemeinsam etwas tun, reflektieren. Dieser Prozeß kann als „empowerment“ beschrieben werden, da nicht individuelle Defizite und daraus resultierende Hilfebedürftigkeit ausschlaggebend sind, sondern die Förderung von individuellen Stärken und Fähigkeiten durch die Gruppe – auch in schwierigen Situationen. Dies versetzt den Einzelnen stärker in die Lage, aktiv die eigene soziale Umwelt im Zusammenleben mit Kindern zu gestalten. Dieses Engagement ist nicht an Schulbildung und beruflichen Status gebunden, wiewohl in Elterninitiativen mehr Mütter/Väter mit höherer Ausbildung zu finden sind als z.B. in Mütterzentren (Tab. 1), entscheidend aber ist die Fokussierung auf die Alltagserfahrung.

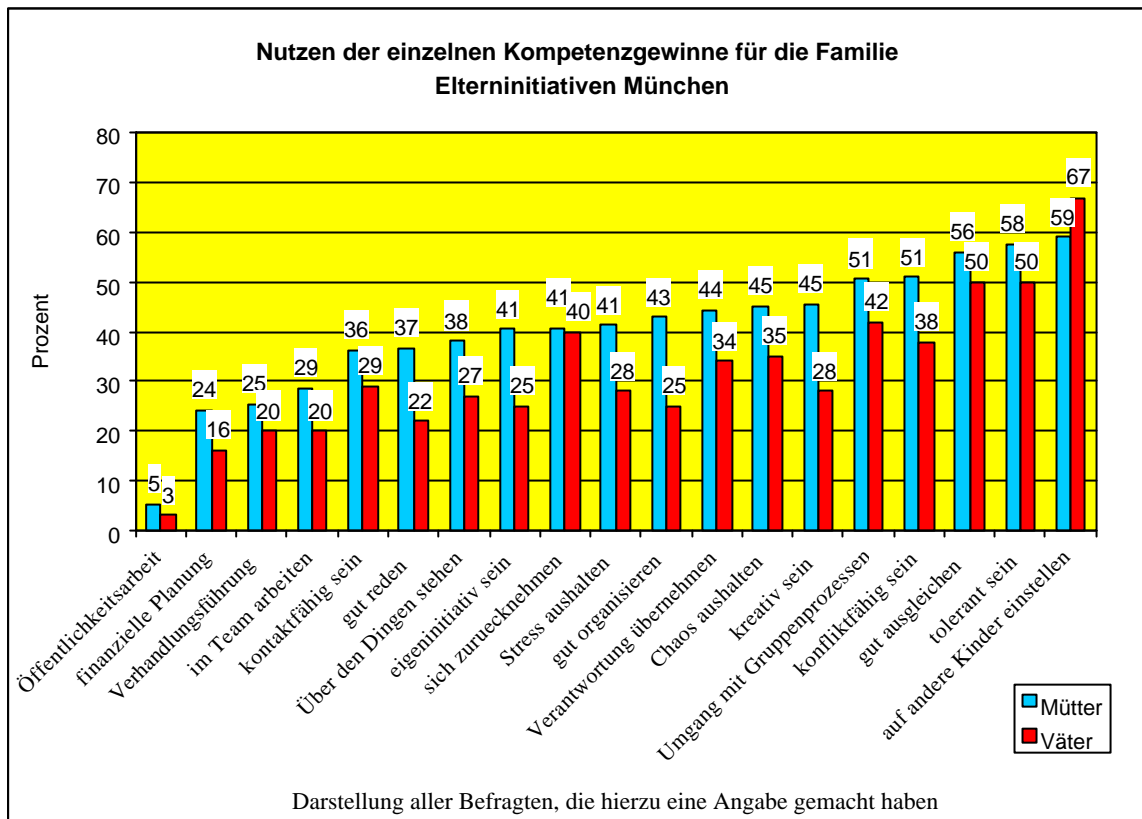
Tab. 1 Bildungsabschlüsse

	Initiativen München	Eltern- vereine Usedom	Initiativen Bergisch- Gladbach	Stieffamilien	Mütter- zentren
Mütter	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent	Prozent
kein Berufsabschluß	8,43	5,71	1,14	12,50	9,09
abgeschlossene Be- rufsausbildung	44,64	74,29	61,36	41,67	62,99
Fachhochschu- labschluß	10,54	11,43	15,91	16,67	3,90
Abschluß Universität	31,42	5,71	19,32	20,83	18,18
anderer Abschluß	4,98	2,86	2,27	8,33	5,84
Gesamt	100	100	100	100	100
Anzahl	N=522	N=70	N=88	N=48	N=154
Väter					
kein Berufsabschluß	8,72	0	3,92	0	
abgeschlossene Be- rufsausbildung	32,97	78,26	37,25	33,33	
Fachhochschu- labschluß	13,08	4,35	13,73	22,22	
Abschluß Universität	41,96	17,39	41,18	44,44	
anderer Abschluß	3,27	0	3,92	0	
Gesamt	100	100	100	100	
Anzahl	N=367	N=46	N=51	N=18	

In der aktiven Mitgestaltung, z.B. einer Elterninitiative oder auch Stiefelterngruppe, zeigt sich die Wiederaneignung elterlicher Kompetenzen von Müttern wie Vätern, die durch ein immer mehr ausdifferenziertes professionelles Hilfesystem zurückgedrängt wurden. Da durch das Engagement Mütter und Väter einen deutlicheren Kompetenzerwerb in bezug auf Familie erfahren, kann von einer deutlichen Stärkung der Erziehungskompetenzen gesprochen werden (Abb. 3).

Dies hat auch Konsequenzen für die inhaltliche Arbeit der professionellen Systeme, z.B. stärker Beratung anzubieten und damit auch ihr professionelles Selbstverständnis neu zu definieren. In letzter Konsequenz bedeutet dies auch eine Veränderung der Institutionenlogik, in der Familien und ihre Selbsthilfepotentiale bisher als nachrangig gesehen werden. Im Sinne eines wohlverstandenen Wohlfahrtspluralismus sollte aber die Familie als Partner gleichberechtigt den Institutionen gegenüberstehen.

Abb. 3



Familienselbsthilfe als neue Dimension zwischen Privatheit und Öffentlichkeit, zwischen Familie und Beruf

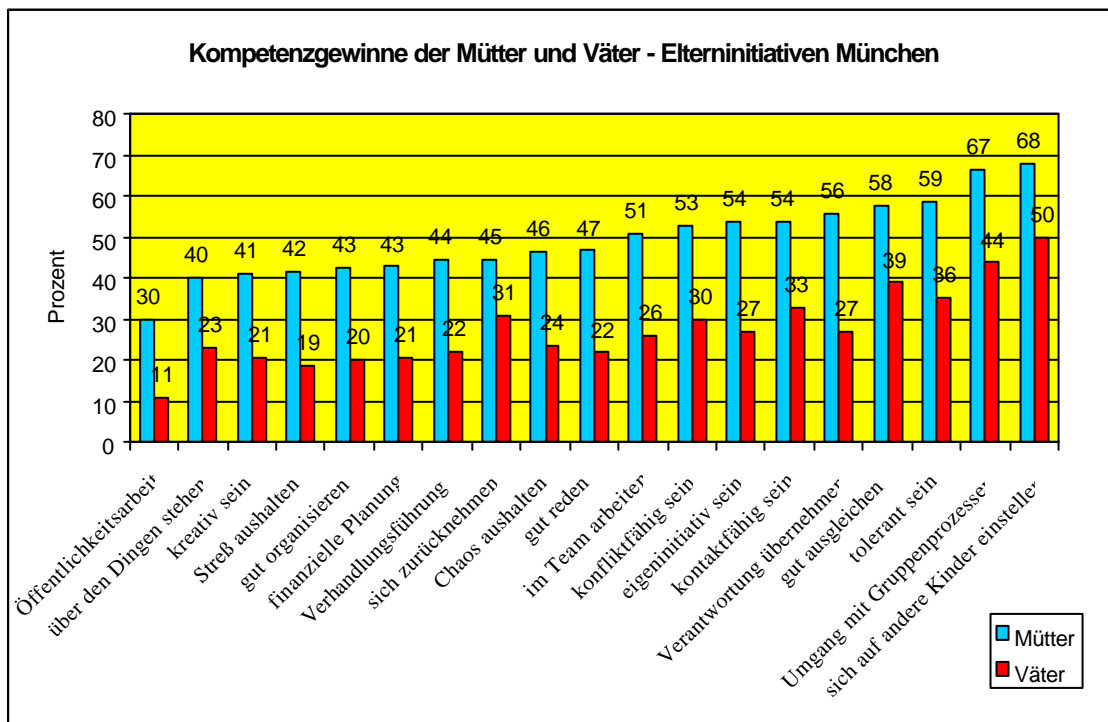
Die Initiativen zeigen, daß das Leben mit Kindern und die damit verbundene Verantwortung für sie eine eigene Wertigkeit haben. Das Engagement bildet auch eine Brücke zwischen den bisher getrennten Bereichen in unserer Gesellschaft, nämlich der von Privatheit und Öffentlichkeit, Familie und Beruf. Die Übergänge werden fließender: Kompetenzen, die in der Initiative erworben werden, können in den komplexer werdenden Anforderungen der Arbeitswelt genutzt werden, Zeiten der Unterbrechung von Erwerbstätigkeit können durch ein Engagement in der Initiative als sinnstiftende Tätigkeit die Biographie bereichern.

Deshalb geraten sog. weiche Qualifikationen – d.h. Schlüsselqualifikationen mehr ins Blickfeld. Da diese aber nicht in Crash-Kursen erworben werden können - wie so manche Managementseminare suggerieren - sondern einer lebendigen Lernkultur bedürfen, liegt es nahe, Initiativen unter den Aspekten einer lebendigen Lernkultur zu betrachten.

So schätzen in der Auswertung der Elterninitiativen München – die hier stellvertretend für die anderen Initiativbereiche vorgestellt werden – Väter und Mütter ihren Kompetenzgewinn ein (vgl. Abb. 4).

Gerade die neuen Anforderungen in der Arbeitsgesellschaft beziehen sich auf Kompetenzen, die ein „lebenslanges Lernen“ ermöglichen sollten.

Abb. 4

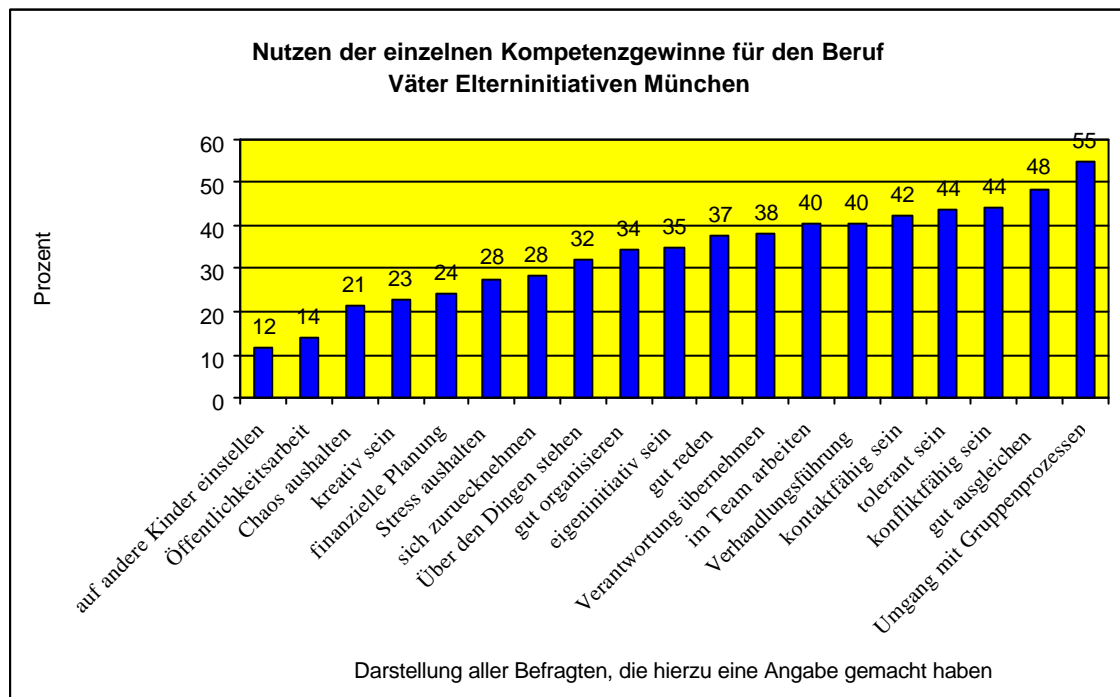


Die unterschiedlichen Kompetenzgewinne von Müttern und Vätern ergeben sich aus den Stundenanteilen der Mitarbeit. Da sich Frauen/Mütter im Durchschnitt ca. 13 Std. im Monat engagieren und Männer nur ca. 7 Std., ergibt sich auch ein wesentlich höherer Kompetenzgewinn bei den Müttern. Im Rahmen einer multivariaten Datenanalyse wurde auch deutlich, daß nicht Strukturvariablen, wie z.B. Bildung und Einkommen den Kompetenzgewinn fördern, sondern vor allem die Bereitschaft des zeitlichen Engagements.

Da dieses wiederum vom Motiv, sich in einer Initiative zu engagieren, abhängig ist, haben diejenigen Mütter und Väter den höchsten Kompetenzgewinn, die z.B. die Rahmenbedingungen für Kinderbetreuung verbessern wollten, oder die am Aufwachsen der Kinder, d.h. auch der pädagogischen Mitgestaltung aktiv beteiligt sein wollten.

Bei denjenigen Vätern, die einen Kompetenzgewinn verzeichnet haben, zeigt sich ganz deutlich der Nutzen von sog. Schlüsselqualifikationen im Beruf (siehe Abb. 5).

Abb. 5

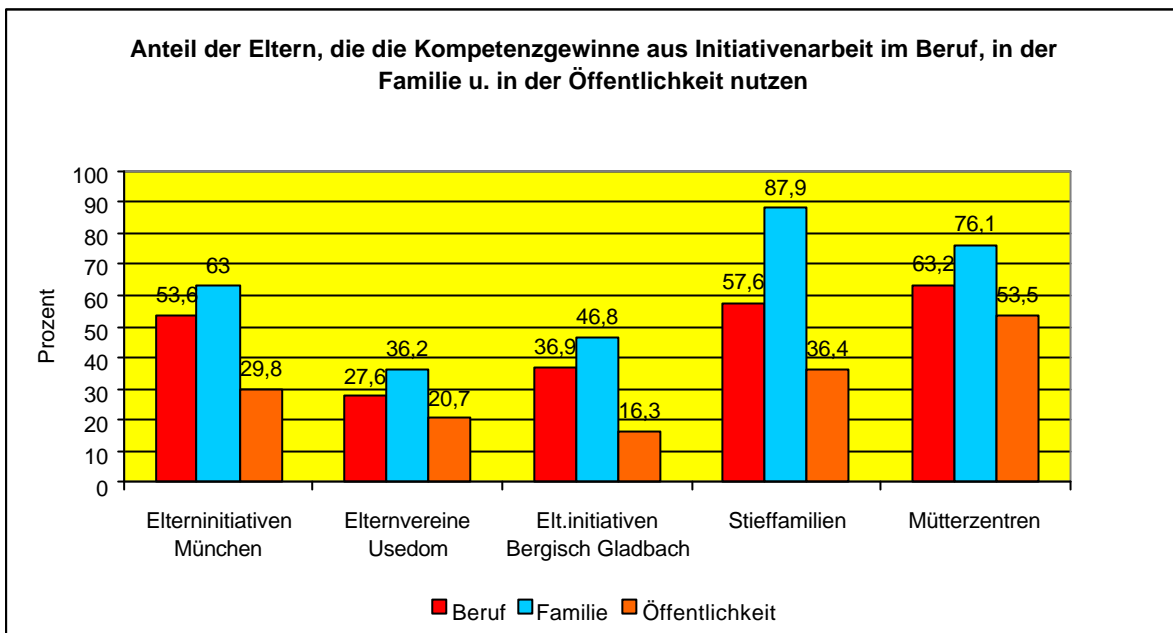


Hierin könnte das Bindeglied auch für Väter zur Familie bzw. zum Beruf liegen, nämlich dahingehend, daß das Engagement in der Familie und darüber hinaus in Familienselbsthilfe-Initiativen nicht dequalifiziert, sondern weiterqualifiziert. Daß nach wie vor die öffentliche Anerkennung im Bildungs- und Beschäftigungssystem fehlt, das durch Erfahrungslernen erprobte Wissen als gleichwertige Qualifikation anzuerkennen – sollte Forschung und Praxis ebenso herausfordern wie Arbeitgeber er-

muntern, den Erziehungsurlaub von Vätern als „Qualifikationsurlaub“ zu sehen.

Gerade auch der Kompetenzgewinn der Mütter, der hier im Vergleich zu den Familienselbsthilfe-Initiativen der Mütterzentren, der Elterninitiativen München, Bergisch Gladbach, Usedom und der Stiefeltern dargestellt ist, zeigt den Nutzen der Kompetenzgewinne in Beruf, Familie und Öffentlichkeit (siehe Abb. 6).

Abb. 6



Im Vergleich der Elterninitiativen München, Bergisch Gladbach und Usedom wird nochmals deutlich, je mehr Engagement, desto mehr Kompetenzgewinn. Bergisch Gladbach und Usedom haben einen höheren institutionellen Charakter als München, so daß das Engagement in dem Ausmaß so nicht notwendig ist. Mütterzentren ermöglichen durch ihr breites Angebot eine Vielfalt von Engagement, bieten den Müttern durch ihre niederschweligen Angebote einen leichten Zugang und „empowern“ durch ihre Strukturen die Frauen noch stärker als die Elterninitiativen, deren Zielsetzung ja primär die Schaffung von außerhäuslicher Kinderbetreuung ist. Der hohe Gewinn an Kompetenzen sowohl bei den Müttern als auch bei den Vätern der Stiefelterninitiativen liegt in der Struktur dieser Initiative, die auf intensive Interaktion und Kommunikation bei ihren Treffen aufbaut.

Familienselbsthilfe als Beitrag zu einer lebendigen Bürgergesellschaft in der Kommune

Die Arbeit in den Initiativen baut auf neue Formen von Freiwilligkeit und Selbstbestimmung in Ver-

bindung eines ehrenamtlichen Engagements auf. Diese Formen des Engagements brauchen Gestaltungsräume zur Aktivierung persönlicher Aktivitätspotentiale. Aber sie unterscheiden sich von den öffentlichen Aufrufen zum bürgerschaftlichen Engagement oder dem traditionellen Ehrenamt. Familienselbsthilfe entsteht weniger aus „selbstloser Hilfe“ als vielmehr dadurch, sich aus einer bestimmten Lebenssituation heraus zu einem organisierten Beziehungsnetz zusammenschließen, das sich durch Hierarchiearmut und wenig formalisierten Strukturen auszeichnet. Durch ihre Aktivitäten gestaltet sie soziale Felder mit und gibt Impulse zur Neuorientierung im Sozialwesen und deckt damit einen Bedarf an sozialen Dienstleistungsangeboten, der nicht oder nur unzureichend befriedigt wird.

Auch wenn einige Initiativen wie z.B. Mütterzentren mit kleinen Honoraren als Aufwandsentschädigung von durchschnittlich DM 12,- arbeiten, bringen sie für eine Stunde bezahlte Aufwandsentschädigung zusätzlich noch 2 Stunden unentgeltliche Arbeit mit ein. Wenn man die wirtschaftliche Situation von jungen Familien mit Kindern unter

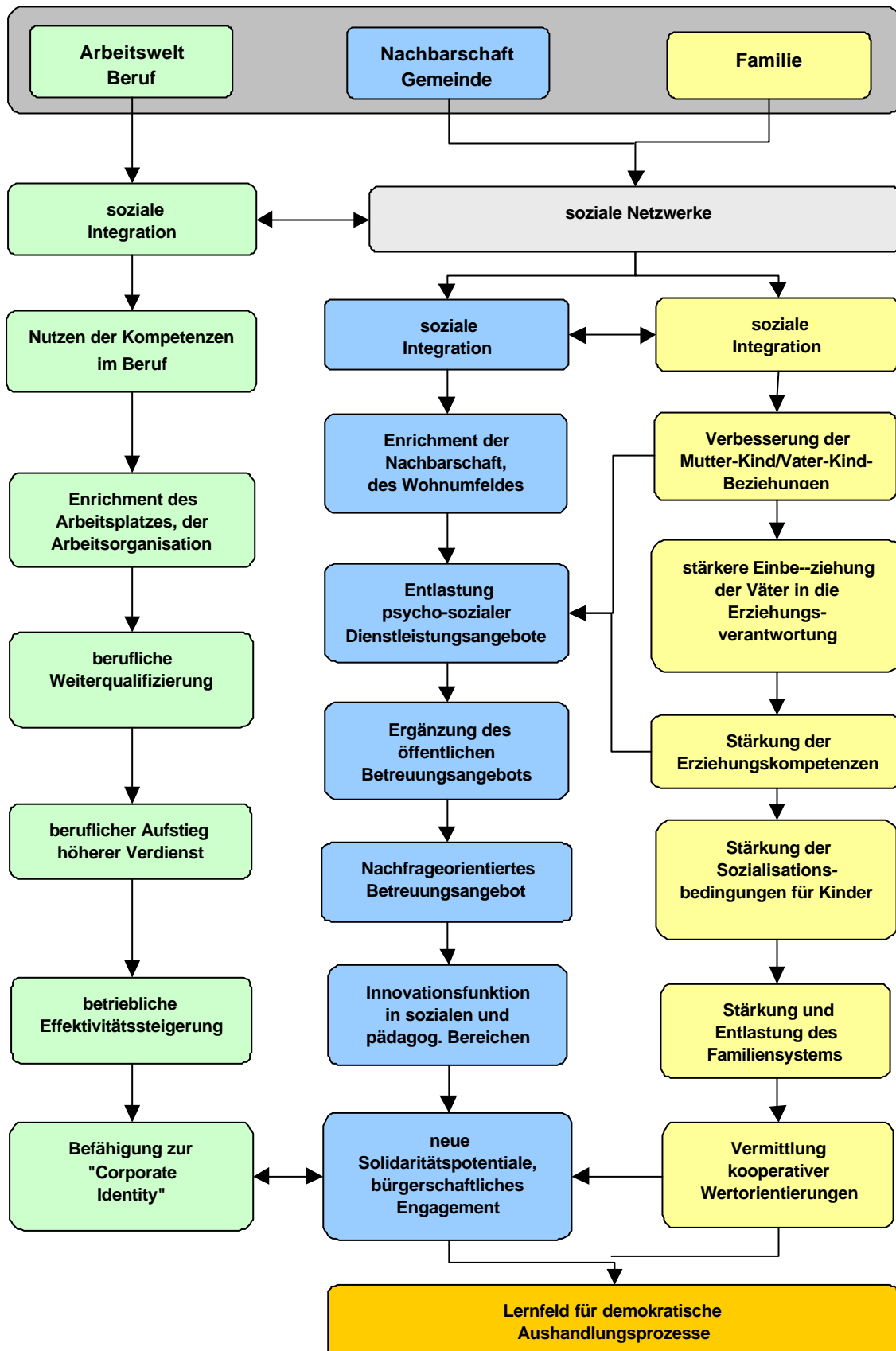
6 Jahren betrachtet, ist bei einem durchschnittlichen Familieneinkommen unter dreieinhalbtausend Mark eine kleine Aufwandsentschädigung oft Voraussetzung, um ehrenamtlich weiter tätig sein zu können. Die empirischen Befunde der Elterninitiativen von München zeigen, daß trotz mehrheitlicher Erwerbstätigkeit im Durchschnitt ca. 11 Std. ehrenamtliche Arbeit pro Monat geleistet werden. Insgesamt werden in den befragten Initiativen monatlich 9.229 Stunden ehrenamtlicher Arbeit geleistet. Wenn man dieses Ergebnis auf alle Münchener Eltern-Kind-Initiativen hochrechnet, dann erhält man etwa 16.000 Stunden pro Monat. Das sind auf das ganze Jahr bezogen (bei 11-monatiger Betriebszeit) etwa 176.000 Stunden. Mit dieser doch be-

achtenswerten Leistung wird die gesellschaftliche Wertschöpfung sichtbar, die von den Mitgliedern der Initiativen für sich und andere jährlich erbracht wird. Sie kann auf rund 2,1 Millionen DM geschätzt werden, wenn man von einem Nettoansatz von 12 DM je Stunde ausgeht. Elterninitiativen haben somit auch einen erheblichen volkswirtschaftlichen Nutzen, der in der Öffentlichkeit bisher noch kaum wahrgenommen wird.

Die Wertschöpfungspotentiale der Familienselbsthilfe-Initiativen für die Kommunen, die vor Ort die Gestalterinnen von Familienpolitik sind, liegt somit auf verschiedenen Ebenen (vgl. Abb. 7).

Abb. 7

Wertschöpfungspotentiale von Familienselbsthilfe



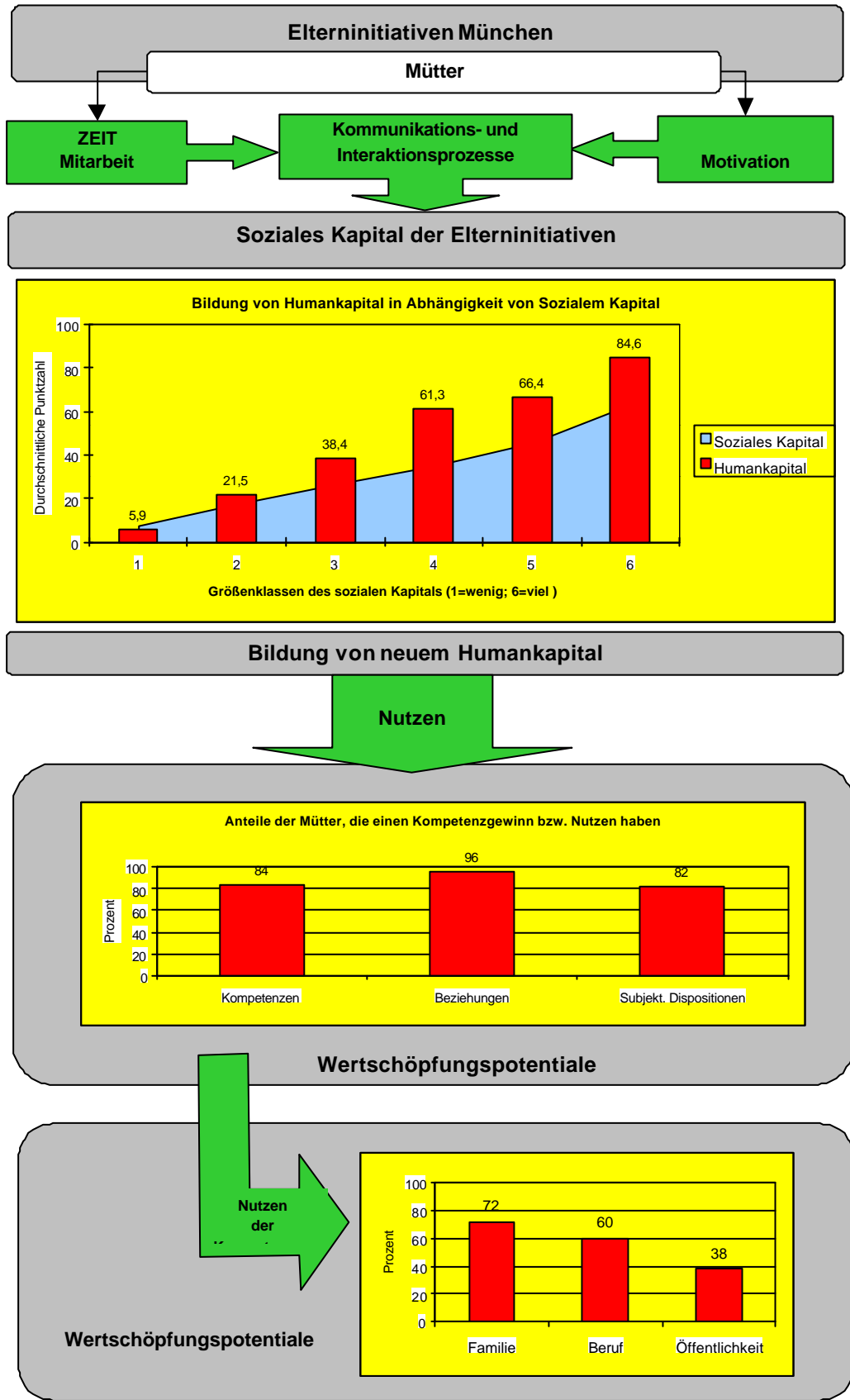
Ergebnisse

Auf der individuellen Ebene werden die Handlungs- und Erziehungskompetenzen der Eltern gestärkt, die Übergänge zum Arbeitsmarkt erleichtert und auch in Phasen des Ausstiegs aus dem Erwerbsleben – freiwillig im Rahmen des Erziehungsurlaubs oder unfreiwillig aufgrund von Erwerbslosigkeit – sinnstiftende Tätigkeiten ermög-

licht. Auf der kommunalen Ebene werden nicht nur bedarfsorientierte, soziale Dienstleistungen angeboten und ein Beitrag zu einer lebendigen Bürgergesellschaft geleistet, es wird vor allen Dingen „Soziales Kapital“ gebildet. Das Schema in bezug auf Elterninitiativen versucht, die Bildung von Sozialem Kapital nachzuzeichnen (vgl. Abb. 8).

Abb. 8

Bildung von Sozialem Kapital und Humankapital am Beispiel der Mütter in Münchener Elterninitiativen



Dabei hat der Begriff vom „Sozialen Kapital“ über Coleman Eingang in die Sozialisationsforschung gefunden. Er fand heraus, daß nicht nur materielle Ressourcen und das Bildungsniveau der Eltern ausschlaggebend für den Schulerfolg der Kinder sind, sondern auch und vor allem die Beziehung zwischen Eltern und Kinder. Gerade im Rahmen der Debatte um die Pluralisierung der Lebensstile und der in der Gesellschaft eher negativ bewerteten Individualisierungsprozesse ist die Frage, was eine Gesellschaft sozial zusammenhält, nicht unerheblich. Deshalb hat sich angeboten, das Beziehungs-

geflecht der Familienselbsthilfe-Initiativen genauer zu betrachten und es hat sich gezeigt, daß deren Kennzeichen Interaktion, Nähe, Vertrauen und Anerkennung sind. Betrachtet man dagegen professionelle Systeme, zeichnen die sich gerade durch Distanz aus. Initiativen sind in der Summe ihrer Aktionsprozesse durch ihr Interesse und Motivation der Motor zur Bildung von Sozialem Kapital auch in der Kommune. Zur Präzisierung ist hervorzuheben, daß Frauen als Hauptakteurinnen die Träger dieser Form von Sozialem Kapital darstellen.

Familienselbsthilfe in Ostdeutschland – Vier Thesen

Wolfgang Erler, Mitarbeiter der Projektgruppe Evaluation der Familienselbsthilfe, DJI

These 1: Familienselbsthilfe wird im wesentlichen von "sozialen Unternehmerinnen" getragen

Stärker als in den alten Bundesländern antwortet Familienselbsthilfe in Ostdeutschland auf die ökonomische Bedrängnis von Familien durch die Arbeitsmarktkrise. Eine Funktion vieler (Familien-) Selbsthilfeprojekte in den neuen Ländern ist es deshalb, Arbeitsplätze für die InitiatorInnen zu schaffen. Die in vielen Projekten tonangebenden "sozialen Unternehmerinnen" sind nicht nur Gründerinnen, sondern auch verantwortlich für das Alltagsmanagement, für das Fundraising, für die Organisationsentwicklung, für die Öffentlichkeitsarbeit, für die Weiterentwicklung des Leistungsprofils im Projekt.

Beispiele für derartige von Sozialunternehmerinnen geführte Projekte mit wesentlichen Elementen von Selbstorganisation sind z.B. die Leipziger Geschäftsstelle der Selbsthilfe-Initiative Alleinerziehender (SHIA), aber auch die SHIA-Projekte in Wolgast. Die SHIA stellt das Gegenstück zum Verband Alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) in den alten Bundesländern dar. Im gleichen Gebäude mit der Geschäftsführung sichert sie in Leipzig mit Hilfe von ABM-Kräften, von auf Honorarbasis bezahlten Vor-Ruheständlern ("AktionärInnen" aus der vom Land Sachsen aufgelegten "Aktion 55") und von Ehrenamtlichen einen offenen, niederschweligen Betrieb mit ungewöhnlich langen Öffnungszeiten, auch an Wochenenden, der das professionelle Beratungsangebot zur Orientierung nach Trennungen und in Rechtsfragen ergänzt und "unterfüttert". Freizeitangebote für Mütter mit Kindern, Betreuungsangebote für Kinder, Bildungs- und Begegnungsangebote

werden durch ein Dienstleistungsangebot abgerundet, das kostengünstige Hilfen beim Umzug und Kinderbetreuung in der Form eines Abhol- und Nach-Hause-Bringdienstes nach den Schließzeiten der Kinderbetreuungseinrichtungen mit der Schaffung von Arbeitsplätzen des zweiten Arbeitsmarkts koppelt.

Eine ähnliche Mischform von professioneller, sozialer und Verbandsarbeit, von Stellen des zweiten Arbeitsmarkts, der Arbeit Ehrenamtlicher und von AktionärInnen (auch auf Honorarbasis) realisiert die "Selbsthilfe Plagwitz" in Leipzig. Sie ist als Antwort auf die Schließung eines "Feierabendheims" entstanden und hat sich zu einem Träger der Altenhilfe entwickelt, der ambulante Pflege, hauswirtschaftliche Hilfen, Tagespflege im eigenen Haus mit einer wiederum niederschweligen, offenen Arbeit verknüpft und von diesem "Brückenkopf" aus generationenübergreifende Verbindungen auch zu Familien mit Kindern und zu Kindern und Jugendlichen schlägt, nicht nur bei Höhepunkten im Jahresverlauf wie dort organisierten Nachbarschaftsfesten. Angelagert, aber selbständig agierend, findet sich eine eingetragene Genossenschaft von Älteren, die gegen Entgelt einfache handwerkliche Dienstleistungen für Ältere z.B. zur Wohnungsanpassung, aber auch einfache Reparaturen, anbietet.

Dieses Muster des sozialen Unternehmens ist am wenigsten für die Mütterzentren typisch, die den Versuch einer 1:1-Übertragung des West-Modells auf die neuen Bundesländer darstellt. Sicher kommt keine Mütterzentrumsinitiative ohne einzelne Köpfe als treibende Kraft aus - aber bei den Zentren war das Motiv, eigene Arbeitsplätze zu schaffen, weniger dominierend - vielmehr stand das Interesse der

Familienfrauen nach eigenverantwortlich organisierter Zeit mit den eigenen und anderen Kindern und das Sammeln kollektiver Erfahrungen in einer Zeit grundlegender Umorientierung in allen Lebensbereichen im Vordergrund. Dieses Interessenprofil der Mütterzentrums-Frauen „Ost“ ist schon in der Begleitstudie des Hannoveraner Instituts Frau und Gesellschaft zur Modellphase der Mütterzentren „Ost“ deutlich herausgearbeitet worden.

Die Fördermittel des zweiten Arbeitsmarkts - und das gilt auch für die Mütterzentren - sichern für viele Projekte der sozialen Selbstorganisation rund um die Alltagsprobleme von Familien einerseits das Überleben, andererseits schwächen sie die Eigeninitiative und gefährden das Fortbestehen der Projekte bei Auslaufen der Arbeitsmarktförderung. Diese Gelder sind also "Stütze und Gefährdung zugleich". Der Übergang zu einer selbsthilfekonformen Förderung durch öffentliche Mischfinanzierung (Land/Kommunen) vor allem für die Arbeit der Initiativen (etwa in Form eines unbürokratisch nach dem Bedarf im Projekt verwendbaren "Honorartopfs") gehört deshalb jetzt auf die Tagesordnung, soll nicht das Wegschmelzen der Arbeitsmarktmittel unter den Sozialprojekten mit hohen Anteilen von Selbstorganisation zu einem massiven Einbruch gerade dieser sehr oft flexiblen, innovativen und bedarfsnahen Angebote führen.

Bedarfsgerechte soziale Dienstleistungsangebote müssen ausgekoppelt und über öffentliche oder "marktvermittelte" Regelfinanzierung abgesichert werden. Mit ihrem spezifischen "Mix" aus marktorientiertem Dienstleistungsangebot, niedrig bezahlter Arbeit im zweiten Arbeitsmarkt und honorierter Initiativarbeit sind die hier ebenso beispielhaft wie idealtypisch skizzierten Sozialunternehmen der Entwicklung in den alten Ländern praktisch jedenfalls voraus. Hier wird zwar seit Jahren konzeptionell über den neuen Wohlfahrtsmix geschrie-

ben und debattiert, die Praxis wird aber weithin von Standardprojekten in Trägerschaft der großen Wohlfahrtsverbände beherrscht, in denen eher traditionelle Mischungen von professioneller Geschäftsführer- und Sozialarbeit mit "altem Ehrenamt" und Zivildienstleistenden den Regelfall ausmachen. Eine Studie über die Entwicklung der Wohlfahrtsverbände und der Landschaft sozialer Projekte in den neuen Bundesländern kleidet diesen Entwicklungs- und möglicherweise Modernitätsvorsprung des Ostens in die Formel vom "überholen ohne einzuholen". Auch die parallel zu unserer Studie von einem anderen DJI-Team gezogene empirische Zwischenbilanz zur Situation und den Perspektiven der Jugendhilfe enthält einen ähnlichen Befund: Die in Ostdeutschland größere Trägervielfalt in der Jugendhilfe könnte danach Ausdruck einer neuen Organisation von sozialstaatlichen Hilfeleistungen sein, die aus den Erfahrungen der vergangenen Jahrzehnte in West und Ost gelernt hat und neue Formen der Selbstorganisation und des gesellschaftlichen Engagements aufgreift und integriert - gewissermaßen erste Gehversuche einer neuen "Solidarwirtschaft", deren Leistungen auf einer Vielzahl von Initiativen zur Schaffung und Förderung von „Dienstleistungen im zwischenmenschlichen Bereich“ gründen.

These 2: Elternvereine öffnen ihre Einrichtungen hin zum Kommunikationsort im Gemeinwesen

Viele Elternvereine als Träger von Kinderbetreuungseinrichtungen sichern den Fortbestand von kleinen, dezentralen Einrichtungen vor allem auf dem Land, die wegen rückläufiger Kinderzahlen und schwacher Kommunalfinanzen sonst keine Überlebenschance hätten. Wir haben eine Reihe solcher Vereine auf Usedom im neuen Großlandkreis Ostvorpommern besucht. Die Zahl solcher Vereine ist in den neuen Ländern vergleichsweise

gering - die relativ meisten gibt es in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen, besonders wenige offenbar in Thüringen, wo nur in Jena eine ganze Anzahl von Initiativen mit deutlichem "Alternativprofil" entstanden sind - womöglich ein später Widerschein der sehr starken Friedensbewegung in Jena in der Zeit vor der Wende, aber auch ein Hinweis auf eine an diesem Punkt konzeptionell offene Förderpolitik des dortigen Jugendamts, die es mit der Trägerpluralität besonders ernst meint.

Die Form des von uns untersuchten Eltern-Selbsthilfeprojekts, die es auch und gerade (vereinzelt) auf dem Land gibt, mit mehr oder weniger aktivem Eigeninteresse von Erzieherinnen, entwickelt eine innovative Eigendynamik: die zuvor abgeschlossene Kindertagesstätte wird zum Kommunikationsort im Gemeinwesen. Kommunal Verantwortliche neigen oft dazu, das bei dieser Öffnung zum Gemeinwesen entstehende "Soziale Kapital" gering zu schätzen.

Unter der insgesamt bescheidenen Zahl von Elternvereinen und -initiativen in den neuen Ländern bilden aber die Initiativen, denen es nicht zuerst um Arbeitsplätze, sondern vor allem um eine andere Pädagogik (von Waldorf bis zum Straßenkindergarten) geht, die Mehrheit. Angesichts des weithin noch bestehenden Platz-Überangebots haben sich die Chancen für die Förderung von Neugründungen in diesem Feld stark verschlechtert, was z.B. die sächsische Kontaktstelle für Elterninitiativen in der Antwort auf eine schriftliche Befragung plastisch beschreibt.

These 3: Familienselbsthilfe steckt einen Betreuungsbedarf ab, der jenseits der Standardangebote liegt

Familienorientierte Projekte der sozialen Selbsthilfe sind vielerorts in das Feld zeitlich flexibler Kinder-

betreuung, z.T. in der Form der Betreuung zu Hause oder von Hol- und Bringdiensten vorgestoßen. Dieser Betreuungsbedarf wird bisher von der Jugendhilfe nicht als öffentlich zu finanzierender Bedarf anerkannt - aber er wächst in Ost und West. In den *alten* Bundesländern wird dieses Bedarfsfeld fast ausschließlich von innovativen gewerblichen Anbietern ("Kinderhotels") oder in der Form (geplanter) betrieblich finanzierter Einrichtungen erschlossen. Wenn es gelingt, die Finanzierung dieser Angebote von Mitteln des zweiten Arbeitsmarkts in bedarfsgerechte Mischfinanzierungen zu überführen (public-private-partnership), können sie einen wichtigen Beitrag dazu leisten, die Strukturen der bisher noch zu stark standardisierten Betreuungsangebote aufzubrechen und mit "Pluralisierung" und "Individualisierung" ernst zu machen.

These 4: Familienselbsthilfe als multiple Ausgestaltung zwischen Erwerbsarbeit und Familienarbeit

Mit dem Fortdauern der hohen Arbeitslosigkeit und der besonders schwierigen Arbeitsmarktlage für Frauen wird die Grauzone zwischen dem Privatraum Familie und dem Arbeitsmarkt an Bedeutung gewinnen und als "Gestaltungsraum" stärker entdeckt werden. In den Haltungen der Frauen in Ostdeutschland zu "Erwerbsoptionen" beginnt sich das abzuzeichnen: Ein erheblicher Teil von ihnen (ca. 50% der Mütter mit Klein- und Kindergartenkindern, immer noch 40% der Mütter mit Schulkindern von 6 bis 16 Jahren) findet das historische Kompromißmodell der "modernisierten Versorgerehe" (Birgit Pfau-Effinger), wie es sich mit der Kombination von Teilzeitarbeit erwerbstätiger Mütter mit der Vollzeitarbeit der Ehemänner in der alten Bundesrepublik herausgebildet hat, durchaus attraktiv. Nur der Weg der langjährigen Nichterwerbstätigkeit und der Festlegung auf die "Nur-Mutter-Rolle", wie er bei nach wie vor niedriger Erwerbsquote der

verheirateten Mütter in den alten Bundesländern immer noch von einem großen Teil der Frauen - aus welchen Motiven auch immer - gegangen wird, wird nur von einer verschwindenden Minderheit von Frauen und Müttern in den neuen Bundesländern als eigene Lebensoption akzeptiert.

Aber noch überlagert der Diskurs um Erwerbsarbeit, um die fortbestehende dominierende Erwerbsorientierung der Frauen in Ostdeutschland, der von der Wissenschaft z.T. unkritisch und undifferenziert zementiert wird, alle Fragen nach der "multiplen" Ausgestaltung der Zwischenzone zwischen Erwerbsarbeit und Familie. Fragen nach "Alternativen zur bisherigen Erwerbstätigkeit" (Gabriele Bothin), nach der Bedeutung informeller Ökonomie und haushaltsnaher Dienstleistungen, nach bürgerschaftlichem Engagement bzw. "sozialer Bürgerinitiative" im Lebensentwurf gerade von Frauen mit kleinen Kindern bzw. von Eltern, werden bisher nur vorsichtig gestellt, auch wenn sie offensichtlich praktisch an Bedeutung gewinnen.

In Ansätzen zeigt sich aber z.B. in der Szene der frauenpolitisch Engagierten und von Projekten, die mit dem zweiten Arbeitsmarkt, mit Qualifizierungsprogrammen und Gründerinnenberatung für Frauen zu tun haben, eine Öffnung für Fragestellungen "jenseits der Erwerbsarbeit". Ein Indiz dafür ist ein von der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Leipzig in Auftrag gegebenes Gutachten über das Verhältnis von Ehrenamtlichkeit und Professionalität in Leipziger Frauenprojekten, eine Frage-

stellung, die nahezu einem Tabubruch gleichkommt. Andere Hinweise kommen von Bildungsträgern, wo intensiv über ein neues Verständnis der "Sozialfigur Arbeitnehmer" nachgedacht wird: über seine Veränderung in Richtung auf einen Mischtypus zwischen Lohnabhängigkeit und beruflicher Selbständigkeit, der die eigene Biographie sowohl in ihren beruflichen Dimensionen als auch in bezug auf das übergreifende Lebenskonzept und die zeitliche und wertebezogene Mischung aus Erwerbs-, privater Eigenarbeit einschließlich der Familienarbeit und gemeinwesenbezogenem Engagement ernstnimmt und "in Wert setzt". Öffnungen des Modells "Normalarbeitsverhältnis" für die vielen Patchwork-Stücke der realen Arbeits- und Lebensbiografien vor allem von Frauen werden in einem solchen Nachdenken nicht so sehr als Bedrohung, sondern vielmehr als Modernisierungschance aufgefaßt. Das phasenweise Engagement in Familienselbsthilfe-Projekten kann in einer bestimmten Lebensphase ein besonders herausgehobenes "Verbindungsstück" in solchen Lebensmustern sein.

Die Spielräume für und die Nachfrage nach Familienselbsthilfe auch in Ostdeutschland werden sich vor diesem Hintergrund, so unsere Prognose, vergrößern. In der beginnenden Ausbreitung von Mutter-Kind-Gruppen als der bescheidenen Keimform entwickelter Formen von Familienselbsthilfe mag sich dieser Trend schon praktisch andeuten.

**Familienselbsthilfe als Motor für die soziale Wohnqualität in großen Wohnsiedlungen
- wie sich "Entwicklung von unten" und "Konzepte von oben" produktiv ergänzen
können und sollten**

Wolfgang Erler, Mitarbeiter der Projektgruppe Evaluation der Familienselbsthilfe, DJI

Ausgangslage:

In vielen großen Wohnsiedlungen - in Ost- und Westdeutschland - geraten Familien immer mehr in die Minderheit. Die Toleranz Älterer gegenüber den Aktivitätsbedürfnissen von Kindern und Jugendlichen sinkt. Viele Regelungen (z.B. Haus- und Benutzungsordnungen) schränken den Bewegungsraum von Kindern über Gebühr ein. Soziale Orte und Aktivitätsangebote für Jugendliche sind Mangelware. Gleichzeitig werden viele Siedlungen als vom sozialen Abstieg ihrer Bewohner und von zunehmender Segregation bedroht wahrgenommen. Das dramatische Schrumpfen der Sozialwohnungsbestände und die über Jahre unveränderten Einkommensgrenzen für den sozialen Wohnungsbau führen dazu, daß Bestände mit hohem Anteil von noch sozial gebundenen Wohnungen fast ausschließlich von „Transfereinkommensbeziehern“ belegt werden. Die Sanierung und Aufwertung von Innenstadtbezirken („gentrification“) hat dort preiswerte Wohnungsbestände umgewandelt und für die Bezieher niedriger Einkommen, für Familien mit mehreren Kindern und allenfalls mittlerem Einkommen, für ausländische Familien unerschwinglich gemacht. In den häufig monofunktionalen Wohnsiedlungen aus den 60er und 70er Jahren nehmen Konflikte zwischen Deutschen und unterschiedlich stark integrierten ausländischen Bewohnern an Schärfe zu. Das Wort von den „überforderten Nachbarschaften“ (Titel einer „empirica“-Studie im Auftrag des Gesamtverbands der Wohnungswirtschaft) macht die Runde.

"Initiative von unten":

Gegen diese bedrohliche und die Lebensqualität aller Bewohner verschlechternde Entwicklung richten sich weitwinklig angelegte Initiativen von Familien, die auf dem Boden z.B. eines Mütterzentrums wachsen können, dort Rückhalt und Verstärkung erfahren. Die regionale Fallstudie München-Neu-Aubing unseres Projekts hat eine solche Initiative aus der Nähe verfolgt. Die Initiative wird auch durch die Dezentralisierung der sozialen Arbeit in München und einen auf das Stadtviertel bezogenen "runden Tisch" der sozialen Fachbasis unterstützt. Aus der Nähe betrachtet ist es erstaunlich, wie eine geschlossene "Phalanx" von Widerständen selbst bescheidenen Forderungen nach kind- und jugendgerechter Umgestaltung des Wohnumfelds, von Haus- und Benutzungsordnungen, nach kommunikativer Belebung des Quartiers entgegentritt. Zu diesen Widerständen zählt auch die Haltung der Wohnungsunternehmen, die nur in zähen Verhandlungen und „inszenierten Konflikten“ zu Veränderungen (z.B. der Qualifizierung von Hausmeistern) bewegt werden können. Mit einer solchen Haltung werden Potentiale an Eigenverantwortung verschenkt, die sich unmittelbar in einer Verbesserung der sozialen Wohnqualität und damit der geldwerten Vermögenssubstanz der Siedlung niederschlagen würden. Auch die Kommunen müssen ein Interesse daran haben, daß sich große Wohnsiedlungen nicht in soziale Brennpunkte verwandeln und daß Initiativen von unten an der Verbesserung der sozialen und ökonomischen Lebensqualität in den Quartieren aktiv mitwirken.

”Konzepte von oben”:

In der gesamten Wohnungswirtschaft in Ost- und Westdeutschland, mit einigen besonderen Schwerpunkten für die Großwohnsiedlungen in Plattenbauweise in den neuen Bundesländern, wird intensiv an der Entwicklung und Umsetzung neuer Unternehmenskonzepte gearbeitet, die z.B. unter dem Titel ”Wohnen plus” oder ”Unser Produkt heißt Wohnen, nicht Wohnungen” gehandelt werden. In ihnen spielt durchweg die ”Aktivierung der Bewohner”, spielen neue Formen der Beteiligung und der Selbsthilfe, von der Sanierung und Wohnumfeldgestaltung (z.B. Mietergärten) bis hin zur Entwicklung sozialer, kommunikativer und ökonomischer Angebote und Dienstleistungen eine Schlüsselrolle. Auch viele Kommunen zielen mit den von ihnen unter dem Titel ”Quartiersmanagement” vorangetriebenen ”ganzheitlichen Entwicklungsansätzen” sehr stark auf die Förderung solcher Formen der Bewohner-Selbstorganisation und –selbsthilfe. Auch in einigen Bundesländern wird unter verschiedenen Programmtiteln solchen integrierten Ansätzen, in denen die Bewohner-Selbstorganisation und –aktivierung regelmäßig eine Schlüsselrolle spielen, der Rücken gestärkt. (NRW: Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf; Hessen: Hessisches Projektnetz Stadtteilmanagement HEPNEST; Hamburg: Armutsbekämpfungsprogramm (abgeschlossen); Berlin: verschiedene Ausschreibungen zum Stadtteilmanagement). Dennoch lebt die Aktivierung der Betroffenen bisher mehr in den Konzepten als in der Wirklichkeit. Die Kultur der Planungs- und Städtebaufachleute neigt dazu, mehrere hierarchische Schichten zwischen

Konzept und die Bewohner/innen aus Fleisch und Blut zu schalten. Einige erfolgreiche Beispiele demonstrieren aber, daß z.B. das Konzept ”Mütterzentrum” auch in Wohnvierteln mit einem hohen Anteil von Bewohnern in sozialen Problemlagen weitreichende positive Wirkungen zur Stabilisierung der sozialen Wohnqualität entfalten kann (z.B. Bremen-Tenever). Zu diesen Wirkungen zählt auch der Aufbau formeller und informeller Aktivitäten im Bereich personenbezogener Dienstleistungen (z.B. Mittagstisch und Spielangebote für Schulkinder, pflegerische und hauswirtschaftliche Hilfen für Ältere usw.). Die Familienselbsthilfe bietet für solche Entwicklungen einen Erfahrungsschatz oder sogar einen Werkzeugkasten, der bisher zu wenig genutzt wird.

In der Koalitionsvereinbarung der neuen Bundesregierung ist die Absicht besiegelt, unter dem Titel „soziale Stadt“ integrierte Handlungskonzepte in städtischen Problemquartieren zu unterstützen. Wir sehen in dieser Absicht eine Chance, die bisher, von Ausnahmen abgesehen, weitgehend mit nur beschränkter Entfaltung von Bewohner-Selbsthilfe verknüpften Ansätze der Stadtteilentwicklung im Interesse von Familien und Kindern systematisch für die Ressourcen der Familienselbsthilfe zu öffnen. Aus dem Know-how zur Selbstorganisation von Familien, das sich bei den Verbänden und Initiativen der Familienselbsthilfe, aber aus einer schon langen Tradition von Forschungsprojekten auch beim DJI angesammelt hat, können für diese Perspektive gegen die „Krise der Städte“ wichtiges unterstützendes Wissen und Erfahrung gewonnen werden.

Familienselbsthilfe unter Nutzen-Kosten-Überlegungen

Michael Kaufmann, Mitarbeiter der Projektgruppe Evaluation der Familienselbsthilfe, DJI

Ziel der Nutzen-Kosten-Untersuchungen im Rahmen unseres Projektes war es zum einen, die unbezahlte Arbeit von in der Familienselbsthilfe engagierten Eltern zu bewerten, zum anderen sollte der festgestellte Kompetenzgewinn ("empowerment") in monetarisierender Weise bemessen werden.

Daß unentgeltlich geleistete Arbeit immer wieder unterbewertet worden ist, hängt unter anderem damit zusammen, daß informelle Arbeiten ökonomisch nicht als Arbeit, sondern als Konsum qualifiziert werden; folglich findet der Wert an Gütern und Dienstleistungen, der in und von privaten Haushalten, in der Nachbarschaft, in ehrenamtlicher Arbeit sowie in Selbsthilfegruppen (wie z. B. die Kinderbetreuung, die Pflege von Kranken und Behinderten, die tägliche Verpflegung, handwerkliche Tätigkeiten usw.) erwirtschaftet wird, bei der Berechnung der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung keine Berücksichtigung. Als Ergänzung zur 'Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung' wurden daher auch vom Statistischen Amt der Vereinten Nationen hierzu neue Richtlinien erarbeitet und entsprechende Satellitensysteme zur Erfassung dieser unentgeltlichen Produktion eingeführt.

Aufgrund der 1991/92 vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Länder durchgeführten Zeitbudgeterhebung konnte erstmals der Umfang der durch das ehrenamtliche Engagement geleisteten unbezahlten Arbeiten ermittelt werden. Für 1992 ergab sich für das gesamte Bundesgebiet ein Jahresvolumen von 95,5 Mrd. Stunden an unbezahlter Arbeit; die „vorsichtige Bewertung“ dieser nichtmarktlichen Transaktionen mittels Schattenpreisen ergab ein Bruttowertschöpfungspotential von über einer Billion DM!

Mit Hilfe unserer 'Satelliten'-Berechnung sollen die außerhäuslich erbrachten Leistungen privater Haushalte in einhundertfünf Münchner Eltern-Kind-

Initiativen (EKI) sichtbar gemacht werden; vor dem Hintergrund, daß Frauen die mehrheitlichen Produzentinnen dieser Tätigkeiten sind, wird zudem durch den monetarisierten Nachweis des unentgeltlichen Erwerbs ihrer bisherigen "statistischen Diskriminierung" entgegengewirkt.

Modellrechnung I: Ökonomische Bewertung von Elternarbeit

Um einen direkten Vergleich mit der formellen Wirtschaft zu ermöglichen, wurde als Leistungsindikator nicht das Ergebnis der Tätigkeiten, sondern die zur Leistungserstellung eingesetzte Ressource 'Arbeitszeit' gewählt. In unserer Erhebung wurden die unbezahlten Arbeiten nach verschiedenen Tätigkeitsbereichen erfaßt. So konnte für das zeitliche Engagement der Eltern derjenigen Initiativen, die uns geantwortet hatten (Plätze in EKI mit Rücklauf: 908 = 56,9%), ein monatlicher Umfang von 9.229 geleisteten Stunden ermittelt werden.

Da nicht jede Minute der Teilnahme an einer EKI produktiv im Sinne von Tätigkeiten, die auch von anderen hätten ausgeführt werden können, verbraucht wird, wurde die Mitarbeit entsprechend des international gebräuchlichen Dritt-Personen-Kriteriums gewichtet; im Durchschnitt ergab sich ein Verhältnis von 3 zu 4 zwischen der produktiv eingesetzten Arbeitszeit und des gesamten zeitlichen Engagements. Multipliziert mit dem somit festgelegten Produktivitätsfaktor ($\bar{\theta}$ 0.755) erhielten wir den Anteil der produktiven Stunden (gerundet: 6.970), die wir dann auf die Grundgesamtheit (1.595 Betreuungsplätze) hochrechneten (Faktor 1,756). Da über das Jahr verteilt in den EKI unterschiedlich lange Öffnungs- und Schließzeiten praktiziert werden, sind wir einheitlich von einem

zehnmonatigen Betriebsjahr ausgegangen. Wir erhielten dann als Produkt eine Jahresarbeitsleistung von 122.429 Stunden der 105 EKI für das Jahr 1997.

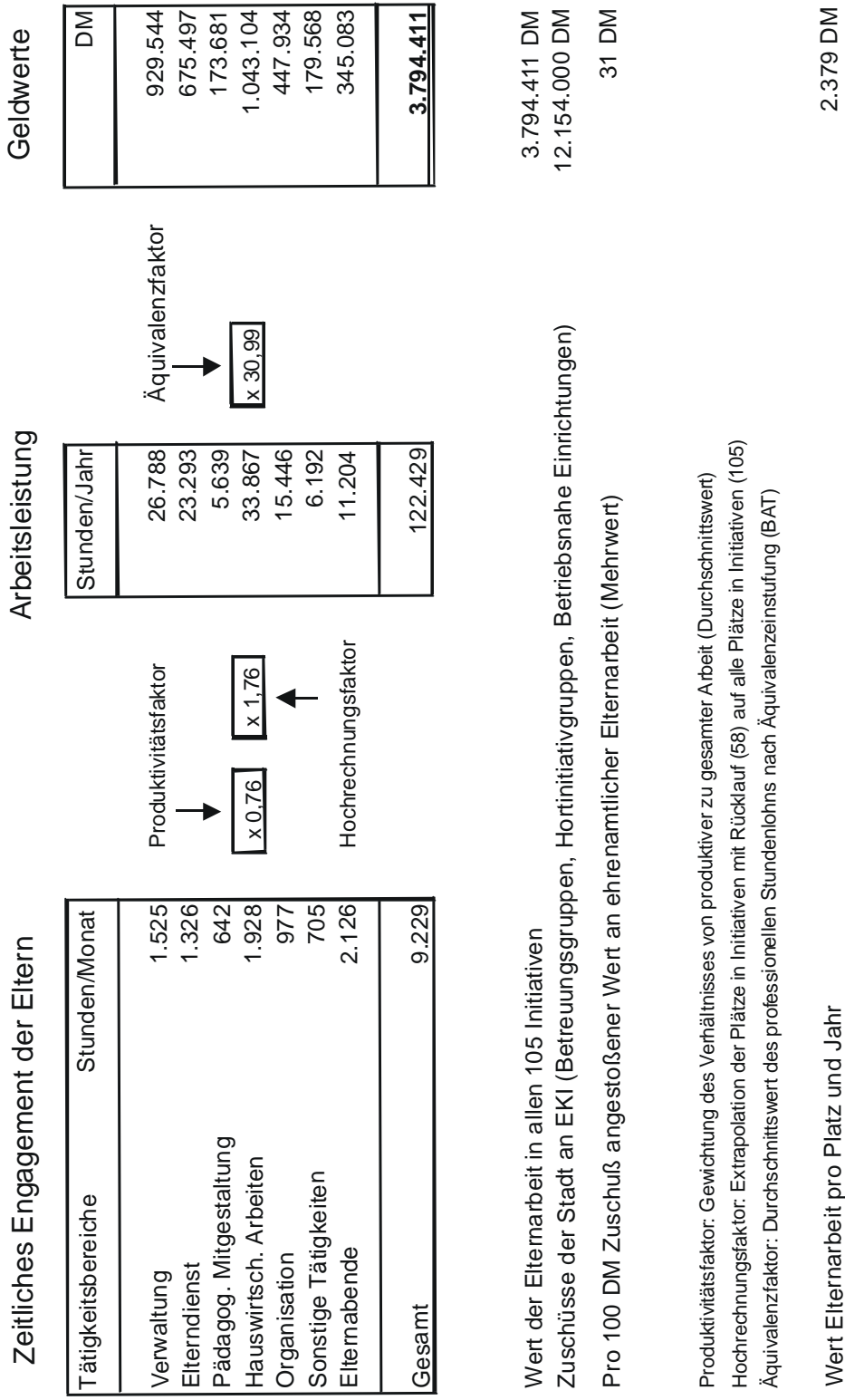
Den Schritt zur Monetarisierung dieser Leistungen gelang uns nun über die Hereinnahme der zuvor genannten "dritten Personen" in unsere Modellrechnung. Entsprechend der Tätigkeitsbereiche hätten diese Dienstleistungen von Erzieherinnen, Pädagoginnen, Hauswirtschaftlerinnen etc. übernommen werden können. Als Grundannahme galt, daß die unbezahlte Arbeit in einer Selbsthilfeeinrichtung gegenüber der bezahlten Arbeit dieser professionellen Kräfte gleich wirksam sei; d.h. eine Stunde 'Kinderbetreuung' durch die Eltern bedeutet die gleiche Leistung wie sie durch ausgebildete Erzieherinnen erbracht werden würde. Aufgrund dieser (unterstellten) Gleichwertigkeit der Dienstleistungen konnten die von Eltern als Laien geleisteten Stunden äquivalent zum professionellen Stundenlohn bewertet werden. Die Äquivalenzeinstufung erfolgte nach der Eingruppierung der jeweiligen Berufsgruppen im öffentlichen Dienst (nach BAT). Dabei wurde berücksichtigt, wieviel das jeweilige potentielle Personal hätte arbeiten müssen, um die entsprechenden Arbeitsstunden - je nach Tätigkeitsbereich - der Eltern zu substituieren. Der vereinfachten Darstellung wegen wird in der Modellrechnung nur der ermittelte durchschnitt-

liche professionelle Stundenlohn von 30,99 DM aufgeführt. Tatsächlich bewegen sich die Kosten pro Arbeitsstunde je nach Gehaltsgruppe zwischen 29,00 DM und 34,70 DM.

Die monetäre Bewertung der Elternarbeit in allen 105 Initiativen ergab somit eine Summe von 3.794.411 DM. In dieser Höhe entstände für die Stadt München ein zusätzlicher, finanzieller Aufwand, wenn die von den Eltern erbrachten Dienstleistungen durch angestelltes Personal geleistet werden müßten. Durch die Förderung von Eltern-Kind-Initiativen werden Betreuungsplätze für Kinder ermöglicht, die ansonsten die Kommune bereitstellen müßte. Entsprechend des - dieser Modellrechnung zugrundegelegten - Vermeidungskostenansatzes entsteht der Gemeinde ein Gewinn im Sinne vermiedener Kosten respektive in Form zukünftiger Einsparungen.

Da die Stadt München im Jahre 1997 die ausgewählten Eltern-Kind-Initiativen mit 12.154.000 DM bezuschußt hatte und als Personalkostenäquivalent - wie gezeigt - 3.794.411 DM "erwarb", läßt sich pro 100 DM Zuschuß ein durch die unbezahlte Elternarbeit angestoßener Mehrwert von 31 DM bestimmen (siehe Abb. 9).

Abb. 9: Ökonomische Bewertung von Elternarbeit
 Modellrechnung I für Eltern-Kind-Initiativen (EKI) in München



Modellrechnung II: Kompetenzgewinn als monetärer Wert

Der Wunsch nach einer selbstbestimmten Gestaltung der Kinderbetreuung war mit 73% das am häufigsten genannte Motiv für die Gründung einer EKI. Dieses 'Mitwirkungsunktim' findet seinen Ausdruck in dem hohen Beteiligungsgrad (84%) der Eltern und einem durchschnittlichen zeitlichen Engagement von mehr als 10 Stunden monatlich (Mütter Ø13 Std., Väter Ø7 Std.; 74% der Gesamtstundenzahl wurde von Müttern erbracht), die sie unentgeltlich in die selbstorganisierte Einrichtung investieren. Die individuelle Eigenleistung der Eltern beruht auf ihrer *erlebten Kompetenz* und entfaltet sich in der gemeinschaftlichen Hilfeleistung ('Laien-mit-Laien'-Prinzip). Durch die aktive Aneignung dieses Gestaltungsvermögens wird der Prozeß des Empowerments gekennzeichnet.

Um die *erlernte Kompetenz* zu messen, wurden die Eltern in der Stichprobe nach dem Lerneffekt bei zwanzig aufgeführten Fähigkeiten (mit je drei Merkmalsausprägungen) sowie nach dem individuellen (öffentl. Engagement), familiären und beruflichen Nutzen befragt. Die Eltern konnten den Kompetenzerwerb nur als subjektiven Wert eines bereits realisierten bzw. erfahrenen Nutzens beurteilen. Die Ergebnisse dieser evaluativen Bewertungen wurden mittels einer Faktorenanalyse unter dem übergeordneten Faktor 'Kommunikative Kompetenzen' "gebündelt"; danach hatten 69% der Mütter angegeben, etwas (genauer: "einiges" oder "sehr viel") dazugelernt zu haben. Diese Quote wurde auf die Zahl der Eltern aller Initiativen bezogen: es ergab sich durch diese Hochrechnung, daß 1.682 Eltern potentiell einen Kompetenzzuwachs durch ihre Mitarbeit in einer EKI erworben hatten.

Eine Aussage über die Qualität bzw. die Höhe des Nutzens war aufgrund ordinal skalierten Meßwerte nicht möglich gewesen. Für einen Wirksamkeits-Kosten-Vergleich ist jedoch von einem Wirksamkeitsmaß auszugehen. Darum war es notwendig, den Zuwachs 'kommunikativer Kompetenzen' in Abhängigkeit des zeitlichen Engagements in der EKI zu betrachten. Als unterste Grenze zur Erreichung eines Lerneffektes (= Wirksamkeit) wurde von 13,5 Std. monatlicher Lernzeit ausgegangen. Dieser Wirkungsgrad diente als Parameter, um die Möglichkeiten, 'kommunikative Kompetenzen' andernorts zu erwerben, vergleichbar zu machen. D.h. in Kursangeboten von kürzerer Dauer können diese Kompetenzen nicht erworben werden. Da über die Effektivität des Lernens bzw. eines bestimmten Angebots keine Aussagen getroffen werden können, wurde des weiteren davon ausgegangen, daß bezüglich des Kompetenzerwerbs eine Arbeitsstunde in einer EKI denselben Nutzen (die gleiche Wirksamkeit) erbringt wie eine Kursstunde im Rahmen eines Fortbildungsangebots bei einem Träger öffentlich finanzierter Erwachsenenbildung.

Am Beispiel des Weiterbildungsangebots der Volkshochschule München wurde anhand der Ausschreibungen der Kursangebote zum Erwerb 'kommunikativer Kompetenzen' jene Einheit ausgewählt, die die Zielerreichung Kompetenzerwerb mit demselben Wirkungsgrad "versprach". Da die Teilnehmerzahlen für diese Kurse begrenzt sind, mußte ein Kursprogramm angenommen werden, das die Zahl aller Eltern aus EKI, die Kompetenzzuwächse erwerben, aufnehmen kann. Es ergab sich nach einer fiktiven Kursbelegung eine durchschnittliche Kursgebühr von 134 DM als Kosten einer adäquaten Fortbildung.

Modelltheoretisch - und realiter - nahmen die Eltern diese Kurse nicht in Anspruch, sondern qualifizierten sich im Rahmen ihrer Mitwirkung innerhalb der

EKI weiter. So ergaben sich private wie öffentliche Einspareffekte:

Das Volumen der privat eingesparten Fortbildungskosten (1.682 x 134 DM) betrug 225.388 DM pro Monat für alle Münchner EKI-Eltern. Entsprechend dem Finanzdatenbericht der Stadt München für 1997 erhielt die Volkshochschule München als öffentlichen Zuschuß 155 DM pro Kursbelegung. Der von den Eltern nicht beanspruchte öffentliche Zuschuß für die Kosten adäquater Fortbildung (1.682 x 155 DM) betrug monatlich 260.710 DM. Diese für die öffentliche Hand nicht anfallenden Kosten (260.710 DM) sind den öffentlichen Zuschüssen für EKI pro Monat (1.012.833 DM in

1997) gegenüberzustellen, will man den eigentlichen Wert der kommunalen Investition ermitteln. Nach diesem Vermeidungskosten-Modell erhielt die Stadt München durch die Förderung von EKI einen Mehrwert von 26 DM pro 100 DM Zuschuß (siehe Abb. 10).

Addieren wir die Ergebnisse beider Berechnungen zusammen, so erhielt die Kommune 1997 insgesamt einen Mehrwert von 57 DM pro 100 DM Zuschuß. Es konnte damit gezeigt werden, daß der in Eigenarbeit gewonnene Nutzen höher liegt als der reine Marktwert der hergestellten Güter. Ich denke, daß dies für kommunalpolitische Investitionsentscheidungen ein wichtiges Argument ist.

Abb. 10: Kompetenzgewinn als monetärer Wert
 Modellrechnung II für Eltern-Kind-Initiativen (EKI) in München

Fortbildungsangebot (1 Arbeitsstunde = 1 Kursstunde)	Anzahl der Eltern aller Initiativen mit Kompetenzzuwachs	Kosten äquivalenter Fortbildung (VHS-Kurs)	Eingesparte private Fort- bildungskosten pro Monat	Öffentliche Zuschüsse f. Kosten äquiv. Fortbildung (pro Belegung)	Eingesparte öffentl. Fort- bildungskosten pro Monat
Kommunikative Kompetenzen	1678	134 DM	224.852 DM	155 DM	260.090 DM
Verhandlungsführung					
Öffentlichkeitsarbeit					
gut reden und diskutieren					
gut organisieren					
im Team gut arbeiten					
Verantwortung übernehmen					
eigeninitiativ sein					
kontaktfähig sein					
konfliktfähig sein					
tolerant sein					
zwischen Interessen ausgleichen					
Zuschüsse der Stadt an EKI pro Monat (in 1997)					1.012.833 DM
Kompetenzbezogener Mehrwert pro 100 DM Zuschuß					26 DM

Familienselbsthilfe und ihre Förderpraxis am Beispiel Mütterzentren

Monika Jaeckel, Mitarbeiterin der Projektgruppe Evaluation der Familienselbsthilfe, DJI

Wir haben in unserer Evaluation der Familienselbsthilfe auch die Fragestellung verfolgt, welche Rolle die Bedingungen der Förderung bei der Entwicklung von Selbsthilfe spielen, welche Förderpraxis erweist sich als günstig für die Entfaltung des Selbsthilfepotentials von Familien und welche Engpässe und Hindernisse gibt es? Bürgerschaftliches Engagement liegt im Trend der Debatten um eine neue Wohlfahrtsstaatlichkeit. In unserer Evaluation wurde deutlich, daß Selbsthilfe nicht voraussetzungslos ist, sondern einer bewußten Förderung bedarf, sowohl finanziell als auch politisch, denn Selbsthilfe ist - soll sie nicht nur von einem schmalen Mittelschichtsklientel getragen werden - nicht gleichzusetzen mit dem traditionellen Ehrenamt.

- Die Familienselbsthilfe braucht andere Bedingungen und Förderrichtlinien als professionelle Sozialarbeit.
- In vielen Verwaltungen gibt es noch wenig Übung und Bewußtsein im Umgang mit Familienselbsthilfe, es gibt einen Fortbildungsbedarf und es bedarf auch einer Ausdifferenzierung und Spezialisierung der Administration in dieser Hinsicht.

Diese beiden Aussagen sollen im folgenden am Beispiel der Mütterzentren exemplifiziert werden.

Nach der Förderung der ersten drei Modellmütterzentren durch das Familienministerium entwickelten sich die Mütterzentren als Selbsthilfebewegung von unten. Jedes Mütterzentrum sucht vor Ort nach seinen Fördermöglichkeiten. Dementsprechend vielfältig sieht die Förderung aus. Mütterzentren werden gefördert als Projekte der Frauenqualifizierung und der Frauenförderung, der Familienbil-

dung, der Kinderbetreuung, als niederschwelliges Angebot der Erziehungsberatung, als präventive Projekte des KJHG.

Die Versuche, sich in gegebene Förderprogramme einzupassen, gestalten sich meist schwierig, denn Mütterzentren passen als ein am ganzheitlichen Lebensalltag von Familien ansetzendes Modell in alle diese Förderbereiche, werden aber einzelnen Förderprogrammen alleine oft nicht gerecht.

Eine zentrale Erfahrung der Mütterzentren ist, daß ihre eigentliche Arbeit sich am allerschwierigsten fördern läßt, nämlich einen niederschwelligen und lebendigen Treffpunkt im Stadtteil zu schaffen, aus dem heraus sich Laienberatung, Kinderbetreuung, Weiterqualifizierung, Familienbildung, Erziehungsberatung, Prävention, Frauenförderung, beruflicher Wiedereinstieg, nachbarschaftliche Dienste und alles weitere ergibt.

Spezielle Projekte der Mütterzentren wie z. B. die Minikindergärten, der pädagogische Mittagstisch, Computerkurse, werden gefördert, das "Drumherum" aber nicht. Dieses Drumherum ist es aber, was Familienselbsthilfe in seiner Qualität oft ausmacht und was es von professionellen Angeboten unterscheidet: Beratung "nebenbei" am Cafétisch oder beim Erwerb von Kinderkleidung im Secondhand-Laden, "Krisenintervention" als Ausdruck von Freundschafts- und Nachbarschaftsbeziehungen, Empowerment durch "Abgucken" im Alltag.

In diesem ganzheitlichen Ansatz erweist sich die soziale Tragfähigkeit und die Innovationskraft der Familienselbsthilfe. Immer wieder werden Problemfälle aufgefangen und ganz selbstverständlich im Alltag integriert, die aus anderen Programmen

herausfallen. Von der Familienselbsthilfe sind wesentliche Innovationen im Bereich der Kinderbetreuung ausgegangen: Flexibilität der Angebote, Aktivierung von Eltern, Mischung von Laien und Profis, familienentlastende Serviceangebote wie z. B. Kinderfahrdienste etc. Auch in der Altenbetreuung und in der Nachbarschaftsentwicklung sind von der Familienselbsthilfe wichtige Impulse ausgegangen, das Mütterzentrum Salzgitter ist in diesem Sinn auch als ein Projekt der Expo 2000 ausgewählt worden.

Ein Knackpunkt der Förderbedingungen der Familienselbsthilfe liegt in der Anerkennung der Kompetenz von Laien. Die Familienselbsthilfe eröffnet die Erfahrung, daß sich Fachlichkeit in der sozialen Arbeit nicht nur in Form einschlägiger professioneller Qualifikationen niederschlägt, sondern auch auf Praxiserfahrungen in alltäglichen Lebensbereichen aufbaut. Dies ist in der klassischen Förderstruktur oft nicht vorgesehen.

Die Finanzierung von Honoraren für den Laienansatz im Mütterzentrum und die Besetzung von Projektstellen durch Laienkräfte wird z. B. durch geltende Finanzierungsrichtlinien häufig ausgeschlossen. Die Honorierung ihrer Kompetenzen als Praxisexpertinnen ist für viele Frauen jedoch die Voraussetzung, sich ehrenamtlich zu engagieren.

Als die Mütterzentren in München beispielsweise von der Selbsthilfeförderung in die Regelförderung übernommen wurden, hatte es eines zähen und unerbittlichen Ringens seitens der Mütterzentren bedurft, bis die Förderrichtlinien der Regelförderung dahingehend modifiziert wurden, daß Mütterzentren nicht von einer professionellen Fachkraft geleitet werden müssen, daß Stellen in Mütterzentren auch von Praxisexpertinnen besetzt werden können und daß es neben festen Stellen auch einen Honorartopf zur Bezahlung von stundenweise ü-

bernommenen Diensten wie Cafédienst, Kinderbetreuung und Laienberatung gibt. Bis heute zahlt die Selbsthilfeförderung in München jedoch keine Honorare.

Die Entwicklung der Mütterzentren in den neuen Bundesländern, in denen die Personalförderung in den Mütterzentren weitgehend über ABM-Stellen erfolgt, zeigt, daß ohne die Einrichtung eines Honorartopfes die Aktivierung der Mütterzentren-Besucherinnen nicht im selben Maße gelingt.

Viele Zentren versuchen, diese Lücke durch Eigenwirtschaftung der Honorarmittel zu schließen. Dies ist jedoch oft problematisch, da in den Mütterzentren die Preise familienfreundlich bleiben sollen, um nicht nur eine eingegrenzte Schicht von Mittelschichtsmüttern bedienen zu können.

Auch bei der Frage der Fortbildung ist eine Anerkennung der Praxisexpertinnen notwendig. Die Bezuschussung von Fortbildungsveranstaltungen und Reflexionsräumen darf sich nicht auf hauptamtliche Angestellte in Familienselbsthilfeprojekten oder auf die professionellen Kräfte beschränken, sondern muß auch den Stamm der aktiven Eltern mit einbeziehen.

Ein weiteres Ergebnis unserer Evaluation der Förderstruktur von Familienselbsthilfe weist auf die zentrale Bedeutung von Vernetzungsstrukturen hin.

Regionale Vernetzungsstrukturen der Familienselbsthilfe, wie die Mütterbüros, die Kontaktstellen der Elterninitiativen und die Vernetzung auf Bundesebene durch die Bundesverbände der Mütterzentren, Elterninitiativen, Stillgruppen und Stiefeltern leisten wesentliche Aufbauhilfe bei der Initiierung neuer Gruppen, vor allem auch Hilfestellung bei der Aquirierung von Fördermitteln und der Erstellung von Anträgen. Sie veranstalten regionale

und bundesweite Treffen, Fortbildungen und Kongresse, stellen Kontinuität her und sind Ansprechpartner für politische Instanzen, Behörden, Verbände. Sie leisten die Öffentlichkeitsarbeit und vertreten die Familienselbsthilfe als politische Lobby in der Kommunalpolitik und bei familienpolitischen Fragen. Die Kompetenz der verschiedenen Gruppen in der Familienselbsthilfe wird zunehmend vor allem kommunalpolitisch bei Fragen der sozialen Infrastruktur oder bei Fragen der Städteplanung und des Wohnungsbaus nachgefragt.

Die Vernetzungsstellen haben auch eine zentrale Funktion bei der Weiterentwicklung der Projekte der Familienselbsthilfe und bei der Erschließung neuer Förderwege, dem Social Sponsoring beispielsweise oder im Fall der Mütterzentren z. B. bei der Gründung von kleinen selbständigen Betrieben im Rahmen der Zentren.

Da es sich bei der Förderung der Familienselbsthilfe nach den Richtlinien des KJHG oft nicht um eine Pflichtaufgabe, sondern um freiwillige Leistungen handelt, ist es auch angesichts der Tatsache, daß der Verteilungskampf im Sozialbereich zunehmend härter wird, von zentraler Bedeutung, daß es hier eine Vernetzung und eine politische Präsenz gibt, um Leistungen der Familienselbsthilfe und den Unterstützungsbedarf im öffentlichen Bewußtsein zu halten. "Vernetzung ist der Preis für die Selbstorganisation" - so faßte es ein Vertreter der Verwaltung einmal treffend zusammen.

Es zeigt sich, daß die Familienselbsthilfe eine eigene Vertretungsstruktur braucht, die Kontaktstellen für Selbsthilfe oder die Freiwilligenagenturen werden nur zu einem Bruchteil von den Projekten der Familienselbsthilfe in Anspruch genommen.

Hier ist das Land gefragt - die Kommunen können die überregionale Vernetzung alleine nicht finanzie-

ren. So ist der Trend, daß sich das Land aus dieser Vernetzungsförderung herauszieht, wie z. B. bei den Kontaktstellen der Elterninitiativen oder z. B. beim Mütterbüro in Niedersachsen, als sehr kurzfristig und bedenklich zu bezeichnen. Die traditionellen Wohlfahrtsverbände haben häufig ihre gut ausgebauten PR-Abteilungen und ihre etablierte Lobby. Wenn Familienselbsthilfe und Projekte von unten erwünscht sind, dann müssen auch die Förderrichtlinien hier der Selbsthilfe einen Schutz geben, indem eigene Fördertitel geschaffen werden, damit die Projekte der Selbsthilfe nicht mit Projekten der traditionellen Verbände konkurrieren müssen.

In der aktuellen Debatte um Qualitätssicherung und um Leistungs- und Produktverträge zeigt sich das spezifische Profil der Familienselbsthilfe wiederum als "sperrig" und gegenläufig zu der Kultur professioneller Dienstleistungen und Produkte.

In den Projekten der Familienselbsthilfe gibt es gute Erfahrungen damit, das Qualitätsmanagement durch die Durchführung von Nutzerbefragungen und Qualitätsarbeitsgruppen und Seminaren zu erhöhen. Bei der Frage der Leistungs- und Produktpläne gibt es allerdings die Erfahrung, daß sich das schwieriger anläßt. In den Mütterzentren bedeutet beispielsweise die Anforderung einer Jahresplanung einen Eingriff in die Qualität der Arbeit. Das Angebot in den Zentren ist nicht verbindlich festgelegt, sondern in ständigem Wandel und orientiert sich daran, was von den aktiven Frauen eingebracht wird. Diese Flexibilität und das offene Angebot birgt vielerlei Chancen für die einzelne Frau, indem sie ihre Fähigkeiten im Einklang mit dem Rhythmus der Belastungen in der Familie einbringen kann und auch einen Schutzraum dafür hat zu experimentieren, was oft als Trittbrett für eine erneute Berufstätigkeit wirken kann und auch für die Gemeinschaft förderlich ist, da ständig überprüft wer-

den kann, ob die allgemeine Bedürfnislage getroffen wird und Probleme schon im Vorfeld aufgefangen werden können. Darin unterscheiden sich die Mütterzentren in ihrer Angebotsstruktur, in ihrer Flexibilität und Spontaneität von anderen Formen der Familienbildung und der Mutter-Kind-Einrichtungen. Hier bilden sich in der Gemeinschaft Themen heraus, die sofort aufgegriffen werden können.

Jedes Mütterzentrum hat einen anderen Charakter und setzt unterschiedliche Schwerpunkte, bedingt durch die unterschiedliche Besucherstruktur, durch unterschiedliches Umfeld und Einzugsgebiet der Zentren. Vorgegebene Standards und Leistungskriterien müssen Raum für diese Spontanität und diese Vielfalt zulassen.

Bei offenen und fluktuierenden Gruppenangeboten sind Meßinstrumente wie Strichlisten und Formblätter, wie sie bei festen Gruppen und Kursen eingesetzt werden, für das Erfassen des Zentrumsalltags nicht geeignet. Das Besondere an den Mütterzentren ist der offene Treff, daß jede nach den eigenen Bedürfnissen kommen und gehen kann und jede in dem breiten Alltagsgeschehen im Mütterzentrum sich das holen kann, was sie gerade braucht. Das läßt sich nicht vergleichen mit festen Mutter-Kind-Gruppen oder mit Kursen und Veranstaltungen.

Vor allem widersprechen sich die Anforderungen der Evaluations-Statistik auch mit den Zielen eines offenen Betriebs, der ja vor allem niederschwellig sein soll, d. h. man will es den BesucherInnen leicht machen zu kommen, ohne daß sie das Gefühl haben, gleich erfaßt, zu irgendwelchen Fällen gemacht oder in irgendwelchen Kategorien eingepaßt zu werden. Man stelle sich vor, wie sich das auf das Klima des Zentrums auswirken würde, wenn z. B. zum Zwecke der statistischen Erfassung in die

Runde gefragt werden würde: "Wer von Ihnen ist Ausländerin"?

Alltagsberatungen in den Mütterzentren sind so gut wie gar nicht statistisch erfaßbar, denn sie finden am Cafétisch und zwischen Tür und Angel statt. Auch das Vorbildlernen und sich gegenseitig Erziehungstips "abgucken" läßt sich nicht in Strichlisten erfassen. Selbst die Mütterzentrums-Telefonberatungen sind im Alltag nicht zuverlässig durch Strichlisten erfaßbar, soll die Konzentration nicht vom Alltagsgeschehen unzumutbar abgezogen werden.

Bei der Selbsthilfe ist der Prozeß oft das "Produkt". Hierbei geht es nicht nur darum, wie effektiv ein Projekt funktioniert, sondern darum, wie sich die beteiligten Menschen dabei fühlen. Gibt es ihnen Kraft, Empowerment, Selbstbewußtsein und Ansporn? Flexibilität, das Sich-Stören-Lassen-Können, das Improvisationstalent, die Bereitschaft mitzudenken und mitanzupacken, auch wenn man gerade nicht "zuständig" ist, Team- und Kooperationsfähigkeit, das Jonglieren mit Unvorhergesehenem, die Kunst, verschiedene Ansprüche und Anforderungen zu verbinden, Pläne umzuschmeißen und alles anders zu machen, wenn der Augenblick es erfordert, sind Prozesse, die die Qualität von Selbsthilfe ausmachen und das Produkt "Solidarhandeln" hervorbringen. Sie lassen sich jedoch in das Korsett der Leistungsverträge, wie sie derzeit in den Kommunen entwickelt werden, oft nicht einpassen.

Nach diesem Problemaufriß sollen abschließend die positiven Evaluationsergebnisse zusammengefaßt und die Perspektiven aufgezeigt werden. Die Vielfalt der Förderwege in der Familienselbsthilfe erweist sich nämlich auch als Schatz an gelungenen Beispielen und positiven Erfahrungen.

Auf einer Tagung, die wir vor genau einem Jahr mit Vertretern und Vertreterinnen der Landesförderung der Mütterzentren durchführten, zeigten sich eine Reihe von "Good und Best Practices", d. h. Förderwege, die nach den Bedürfnissen von Familienselbsthilfe gut und optimal funktionieren und aus denen man so etwas wie eine ideale Förderstruktur von Selbsthilfeprojekten konstruieren kann:

- Als der Entwicklung von Familienselbsthilfe sehr förderlich erweist sich, wenn es - wie in München - einen kommunalen Selbsthilfetopf gibt, aus dem Selbsthilfeprojekte 3 Jahre unkompliziert gefördert werden können, nach deren Ablauf es sich erweist, ob sich das Projekt bewährt und etabliert hat, ob es einem echten Bedarf entspricht und daher in die Regelförderung aufgenommen werden soll, wie beispielsweise in München bei den Mütterzentren und Elterninitiativen geschehen.
- Anerkennung der Praxiskompetenz ist bei der Förderung von Familienselbsthilfe zentral. Das beinhaltet die Bezahlung von Honoraren für die Laienkräfte als auch die Besetzung von Stellen (sei es Teilzeit oder Vollzeit) mit Laienkräften. Dies gibt es z. B. in Bayern oder in Hessen.
- Die Förderung der Familienselbsthilfe gelingt besonders dann, wenn ein eigener Fördertitel eingerichtet wird, der nach den Erfordernissen der Selbsthilfe ausgestaltet ist und in dem die Projekte der Familienselbsthilfe nicht mit den Angeboten der traditionellen Wohlfahrtsverbände konkurrieren müssen. Hier ist das Land Hessen mit einem eigenen Titel der Mütterzentrums-Förderung und einem ganzheitlichen Förderansatz als vorbildhaft zu bezeichnen. Die Zuschüsse können benutzt werden für Personalkosten, Honorare, Sachkosten, Mietzuschuß, Fortbildung, Supervision, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit, so wie es jedes Projekt jeweils braucht. Die Verwendungsnachweise wurden den Bedürfnissen der Selbsthilfe entsprechend erheblich vereinfacht.
- Eine solche Förderpraxis ermöglicht es den Mütterzentren, ihr Herzstück, die Infrastruktur als Nachbarschaftstreffpunkt ebenso wie die Förderung einzelner zweckgebundener Programme und Angebote zu bezuschussen. Gelingen ist hier auch, wie es in Baden-Württemberg gehandhabt wird, daß die Mütterzentren bei der Aufnahme neuer Projekte in die Förderung beteiligt sind.
- Die für das Wachsen und die Differenzierung der Familienselbsthilfe wichtige Bedeutung regionaler Vernetzungsstrukturen wird in Hessen, Baden-Württemberg oder in Nordrhein-Westfalen z. B. umgesetzt, wobei Baden-Württemberg sich auch durch eine besondere Förderung von Fortbildungsveranstaltungen auszeichnet.
- Das Land Nordrhein-Westfalen weist eine interessante und zukunftsweisende "gute Praxis" auf, in dem es die Schirmherrschaft für einen Förderkreis des Mütterzentrums Dortmund übernommen hat, durch den Fördermittel für die Arbeit der Familienselbsthilfe als Spenden akquiriert werden können.
- Die landesweite Förderung von Mütterzentren wie sie in Hessen, Baden-Württemberg und Bayern durch die Einrichtung eines Haushaltstitels für Mütterzentren erfolgt, stellt eine wichtige Unterstützung der Mütterzentren vor Ort dar, um anteilig auch kommunale Zuschüsse zu akquirieren. In München und Bayern erweist es sich als sehr produktiv, daß es Sachbearbeiterinnen in der Verwaltung gibt, die

sich auf die Förderung von Familienselbsthilfe spezialisiert haben.

- Auf Bundesebene ist nicht zuletzt hier das Familienministerium zu nennen, das die bundesweite Vernetzung der Familienselbsthilfe fördert, wobei es sich bei unserer Evaluation der Arbeit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Familienselbsthilfe herausgestellt hat, daß es günstiger ist, wenn die Arbeit der einzelnen Bundesverbände in eigenen Titeln gefördert wird. Ein strukturell bedingter Verteilungskampf um einen gemeinsamen Fördertopf erweist sich als mit großen Reibungsverlusten verbunden und belastet die Kooperation und die Zusammenarbeit der verschiedenen Säulen der Familienselbsthilfe.

Generell leidet die Familienselbsthilfe, wie viele andere gesellschaftliche Bereiche auch, unter der aktuellen Finanzkrise - die vorhandenen Fördermittel werden eingefroren, aber die Mieten (z. B. Staffelmieten) steigen, Fördertöpfe bleiben gleich, wohingegen die Projekte der Familienselbsthilfe weiterhin z. T. stark expandieren.

Kreative Lösungswege der quantitativen, aber vor allem auch der in diesem Beitrag dargestellten qualitativen Fragen der Förderung von Familienselbsthilfe, sinnvolle arbeitsteilige Förderstrukturen zwischen Land und Kommune sowie Konzepte für ein kommunal gestütztes Social Sponsoring für die Familienselbsthilfe stehen an.

Familienselbsthilfe: Ökonomische Gesichtspunkte – Chancen für eine Tätigkeitsgesellschaft

Dr. Gerd Mutz, Münchner Projektgruppe für Sozialforschung

Das Volumen der Erwerbsarbeit wird in den westlichen Arbeitsgesellschaften auch in Zukunft weiter abnehmen. Gleichzeitig sinkt die Leistungsfähigkeit des deutschen Wohlfahrtssystems, wenn die Zahl der Transferempfänger und der Hilfebedürftigen zu-, die der Beitrags- und Steuerzahler jedoch abnimmt. Deutlich wird, daß wirtschaftliche Entwicklung und Sozialstaatlichkeit – Cash und Care – auseinanderfallen.

Die Erwerbsgesellschaft, in der wir bislang leben, ist eine vom Industriezeitalter geprägte Variante der Arbeitsgesellschaft. Die Menschen und die sozialen Verhältnisse haben sich aber weiterentwickelt. Wir befinden uns bereits auf dem Weg in eine Neue Arbeitsgesellschaft. Die Neue Arbeitsgesellschaft kann die Form einer Tätigkeitsgesellschaft annehmen. In ihr steht Erwerbsarbeit nicht mehr ausschließlich im Mittelpunkt des Lebens und die unterschiedlichen Formen des Arbeitens werden als relativ gleichwertig anerkannt. Freiwilliges bürgerschaftliches Engagement wie bspw. die Familienselbsthilfe, gehören zu den Tätigkeitsfeldern, die das Leben zwischen Erwerbsarbeit und Familie sinnvoll ergänzen. In einer Tätigkeitsgesellschaft muß diese Form des bürgerschaftlichen Engagements gesellschaftlich aufgewertet werden, und es ist darüber nachzudenken, wie bessere Durchlässigkeit und fließende Übergänge zwischen diesen Arbeitsformen geschaffen werden können. Es muß möglich sein, daß Menschen ihre gesellschaftliche und individuelle Identität auch aus solchen Arbeitsformen bilden, nicht nur aus ihrer zunehmend instabilen Erwerbsarbeit.

In Deutschland ist die Verstaatlichung der sozialen Sicherung und ihre enge Bindung an das Erwerbsarbeitssystem brüchig geworden. Die Eindimensio-

nalität der Transfer- und Hilfeleistungen ist den individualisierten und pluralisierten Lebensformen nicht mehr angemessen. Alle Selbsthilfeleistungen müssen im Wohlfahrtsgefüge zukünftig eine stärkere Rolle spielen, will sie den individualisierten Menschen die Chance geben, „Subjekt ihres eigenen Handelns“ zu sein. Dies heißt, vorhandene Aktivitätspotentiale des Milieus, der sozialen Netzwerke und der Selbsthilfe müssen gestärkt werden. Aber allein dies reicht nicht aus. Gleichzeitig müssen Gelegenheitsstrukturen geschaffen werden, damit sich Menschen adäquat engagieren können. Menschen brauchen mehrdimensionale Lern- und Entfaltungsmöglichkeiten, um Kompetenzen und Kompetenzüberzeugungen zu entwickeln. Sie müssen in die Lage versetzt werden, Initiator und Manager des eigenen Beziehungsnetzes zu sein. Sozialpolitische Institutionen müssen sich zu Bürgerinstitutionen transformieren, die Gestaltungsräume schaffen, und in denen Selbsthilfepotentiale gestärkt werden. Im Vordergrund stehen Teilhabe- und Inklusionsprogramme, die den Einzelnen über schwierige Lebensphasen begleiten und zur Neugestaltung des Lebens- und Arbeitsumfeldes herausfordern. Eine ressourcenorientierte, gestaltete und regulierende Sozialpolitik zielt auf eine Förderung assoziativer Gesellschaftsstrukturen und eröffnet Möglichkeiten, das Soziale der Gesellschaft zu rekonstruieren („Von der fürsorglichen Belagerung zum Empowerment“).

Bürgerengagement in Form von Selbsthilfepernetzungen ist keine sozialromantische Utopie (und kein Ersatz für sozialstaatliche Verantwortung), sondern ein Aktivitäts- und Verantwortungspotential, das derzeit in Deutschland nur einseitig genutzt und unzureichend gefördert wird. Wichtig ist: Es geht nicht um „weniger soziale Wohlfahrt“ oder

„Abbau sozialer Sicherung“, sondern um eine wirksamere Sozialpolitik, die sich mit den Herausforderungen der Neuen Arbeitsgesellschaft auseinandersetzt und vor allen Dingen soziale Integration und

soziale Teilhaberrechte sichert – wenn denn dies über Erwerbsarbeit allein nicht mehr möglich ist.

Forum 1:**Neue kommunalpolitische Partnerschaften und Partizipationsmöglichkeiten****Statement: Dr. Marie-Luise Stiefel, Jugendamt Stuttgart**

In ihrem Statement gab Frau Dr. Stiefel einen Bericht über unterschiedliche Formen der Einbindung von Betroffenen und Beteiligten (für den Zusammenhang dieser Tagung: von aktiven Eltern) in Planungs- und Entwicklungsprozesse im Zuständigkeitsbereich des Jugendamts Stuttgart.

Beispiel I: Das KiTa-Projekt.

Hier handelt es sich um ein Planungsprojekt, in dem es um Weichenstellungen für die Weiterentwicklung der Kinderbetreuungs“landschaft“ in Stuttgart ging. In diesen Prozeß waren von Anfang an u.a. VertreterInnen der Mütterzentren, des Gesamtelternbeirats der Stuttgarter Kindertagesstätten, Elterngruppen und Vertreter des Elternseminars eingebunden. Zentrale Inhalte waren die Flexibilisierung und Ausweitung der Öffnungszeiten, ihre Anpassung an die Bedarfslagen der Eltern und die Entwicklung neuer Angebotsformen, u.a. unter dem Stichwort „Öffnung der KiTas für die Eltern und zum Quartier“ als Räume der Teilhabe und Kommunikation. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen bei diesem Projekt läßt sich die These formulieren: *Es gibt sehr unterschiedliche Grade der Selbstaktivierung, Formen und Zielrichtungen von Familien-selbsthilfe - deshalb auch sehr unterschiedlichen Unterstützungsbedarf und eine Vielfalt von Möglichkeiten, aktive Eltern einzubinden.* Im Beispiel des Stuttgarter KiTa-Projekts gehörten zu den Beteiligten z.B. eine Gruppe muslimischer Mütter und Alleinerziehende, zwei Gruppen, deren Anforderungen an die Tagesstätten weniger auf die eigene Beteiligung als vielmehr auf einen zuverlässigen zeitlichen Rahmen und pädagogisch wirkungsvollen Alltag (für die muslimischen Kinder vor allem: Deutsch lernen!) zielen.

Die Ergebnisse des Projekts wurden in eine Gemeinderatsvorlage „sozialpolitische Entwicklungsziele für die Kinderbetreuung in Stuttgart“ umgesetzt und dort verabschiedet. Die **Umsetzung** wird jetzt zunächst in einem Stadtteil exemplarisch vorangetrieben - in Stuttgart-West, einem typischen Innenstadtbezirk mit einem Trend zur Abwanderung von Familien, aber einer lebendigen Struktur mit vielen Initiativen, zugleich Standort des Mütterzentrums „Eltern-Kind-Zentrum“.

Beispiel II: Das Mehrgenerationen-Haus.

Aus Mitteln einer Stiftung, ursprünglich für ein Wohnprojekt nur für ältere Menschen bestimmt, kann der Neubau für ein soziales Zentrum im Quartier finanziert werden, an dessen Konzeption von vornherein Vertreterinnen des Eltern-Kind-Zentrums mitgearbeitet haben. Unter einem Dach werden hier vereint: Das Eltern-Kind-(=Mütter-) Zentrum, eine städtische KiTa, ein Projekt betreuten Altenwohnens sowie ein selbstorganisierter Verein „freie Altenarbeit“.

Beispiel III: Planungsprojekt für die Abenteuerspielplätze und Jugendfarmen.

Für diese von Eltern getragenen Vereine, die im „Geist von 1968“ entstanden, besteht heute ein Nachwuchsproblem bei der Gewinnung von Ehrenamtlichen. Ziel des Projekts ist die Entwicklung einer Organisationsstruktur für diese Vereine, die für die Ehrenamtlichen in den Vereinen einen verlässlichen Rahmen des Engagements schafft und Überforderungen u.a. bei der Abwicklung von Finanzierungs- und Personalfragen verhindert; d.h. es geht um eine Struktur etwa in Analogie zu den regionalen Kontaktstellen der Elterninitiativen, die

die einzelnen Initiativen bei komplizierten Finanzierungs- und Personalverwaltungsfragen z.T. in der Form von Dienstleistungsverträgen massiv entlasten.

Ungelöstes Schlüsselproblem: Da alle Planungs- und Entwicklungsprozesse heute vor dem Hintergrund der Verwaltungsreformen (Stichwort „Neues Steuerungsmodell“) stattfinden, werden auch die VertreterInnen der (Familien-) Selbsthilfe in ihrer Rolle als freie Träger mit den Anforderungen des Neuen Steuerungsmodells konfrontiert. Das bedeutet z.B. praktisch, daß Produktbeschreibungen

für die einzelnen Projekte und Initiativen zu erarbeiten sind und daß es zunehmend im Zusammenhang mit einer sozialraumorientierten Steuerung regionale Steuerungs- und Kooperationsmodelle gibt, die auch die Teilnahme von selbstorganisierten Initiativen wie Mütterzentren vorsehen. Mit der Erfüllung dieser Anforderungen und zusätzlich der Beteiligung an der Planungsverantwortung für die sozialen Angebotsstrukturen in einem ganzen Stadtteil (oder wie im KiTa-Projekt für die gesamte Stadt), „bringen wir die VertreterInnen der Selbsthilfe und von Initiativen an die **Grenzen der Beteiligung**“ (Dr. Stiefel).

Anstelle des Statements des leider verhinderten Leiters der Abteilung Jugendhilfeplanung im Jugendamt der Stadt Leipzig, Dr. Lutz Schmidt

– Auszüge aus dem Jugendhilfeplan zur Verankerung der Mütterzentren

Vorbemerkung: Die Rahmenplanung für den Leipziger Jugendhilfeplan erscheint doppelt bemerkenswert:

1. weil an ihrer Erarbeitung die freien Träger, darunter für die Familienselbsthilfe die Mütterzentren, von vornherein aktiv beteiligt waren;
2. dabei diese methodisch und inhaltlich sehr anspruchsvolle Rahmenplanung vom Stadtrat als ganzes verabschiedet wurde und deshalb verbindliche Arbeitsgrundlage für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe in der Stadt wurde.

Mütterzentren sind in dem Bereich der niederschwelligen Angebote eingefordert worden. Methodisches Ziel aller niederschwelligen Angebote ist die Förderung des Selbstbewußtseins und eine Integration im sozialen Netz in der Nachbarschaft. Niederschwellige Beratungsangebote arbeiten stadtteilorientiert, sie sollten daher möglichst als flächendeckendes Netz über alle Stadtbezirke hinweg vorhanden sein. Gleichzeitig ist, entsprechend der unterschiedlichen Bedingungen in den Sozialräumen von Leipzig und der unterschiedlichen Bedürfnis- und Interessenlagen, die Pluralität der Angebote zu sichern. Die entstandenen niederschwelligen Angebote sind daher als Bestand zu erhalten und im Sinne selbsthilfe- und gemeinwesenorientierter Beratungsangebote weiter zu unterstützen. Der Vernetzung dieser Angebote mit anderen Leistungsträgern der Jugendhilfe – und darüber hinaus – ist dabei besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Die Beratungsangebote sind entsprechend des Bedarfs schrittweise zu einem Netz von sich gegenseitig ergänzenden Angeboten zu entwickeln. Dies erfordert eine mittelfristige Förderung der

Personalkosten in der erforderlichen Höhe (Vollstellen und qualifikationsgerechte Vergütung), der Kosten für sachliche Ausstattung sowie der laufenden Sachkosten (Miete etc.).

Zu den niederschwelligen Angeboten in dem Bereich zählen außerdem noch:

- Kinderbetreuung in den Abendstunden und an den Wochenenden,
- unterstützende Haushaltshilfe in speziellen Notsituationen,
- Fahrdienste für Kinder,
- offene Schülertreffs,
- Elternschulen/Elternbildung,
- Selbsthilfegruppen.

Im Interesse der weiteren bedarfsorientierten Vertiefung der fachlichen Zusammenarbeit und Kooperation zwischen dem öffentlichen Träger und den freien Trägern als Träger der niederschwelligen Bedarfsangebote ist das Prinzip der Gleichbehandlung – insbesondere in Fragen der Personalkostenfinanzierung und der Ausstattung – entsprechend des ermittelten Bedarfs in vollem Umfang durchzusetzen.

Zusammenfassende Diskussion

Während aus Sicht der Fachverbände bei der Einbindung in komplexe Planungsprozesse die Leistungsgrenzen der Selbsthilfe-Aktiven herausgestellt wurde, arbeiteten andere Diskussionsteilnehmer die umgekehrte Perspektive heraus: daß die Planungsprozesse häufig zu wenig auf die spezifische Situation der Selbsthilfe- und Initiativen-VertreterInnen Rücksicht nehmen würden: ange-

fangen von der Terminplanung (zu häufig während der normalen Behörden-Arbeitszeiten) über die häufig mangelnde zeitliche Straffheit der Sitzungen und das Vorherrschen eines einschüchternden Fachjargons (vor allem von der Seite der Stadtentwicklungsplaner) bis hin zu der Unausgewogenheit, daß die kommunalen Vertreter und andere "Professionelle" an den Planungs- und Beteiligungsrounden „entgeltlich“ während ihrer bezahlten Arbeitszeit teilnehmen, die Selbsthilfe- und Initiativen-VertreterInnen dagegen unentgeltlich und mit vergleichbaren Anforderungen, auch in bezug auf die Erledigung von "Hausaufgaben". Als **Lösungsperspektive** für dieses Strukturproblem wurde eine stärkere Honorierung dieser "Beteiligungsarbeit" ins Auge gefaßt – die dann allerdings das Problem einer relativen Abkoppelung der "BeteiligungsarbeiterInnen" von ihrer eigenen sozialen Basis aufwirft.

Ebenso war Thema: Dezentralisation der kommunalen (Sozial-) Verwaltung und sozialen Dienste als Chance für erfolgreiche Partizipation. Dabei wurde auf das "holländische Modell" Bezug genommen.

Kleine Verwaltungsbezirke mit deutlich weniger als 10.000 Einwohnern verfügen über jeweils ein soziales Zentrum, in dem die Sozialverwaltung und soziale Dienste angesiedelt sind, außerdem aber ein offener Bereich, in dem Bewohner in Eigeninitiative aus ihrer Sicht nötige Angebote und Aktivitäten entwickeln können. In einer solchen räumlichen Nähe entwickelt sich auch die Beteiligung von Initiativen an Planungsprozessen und Projekten der Verwaltung vergleichsweise leicht – wenn die Beteiligungsprozesse mit der Beteiligung an verbindlichen Finanzentscheidungen für spezifische "Quartierstöpfe" verbunden ist, gilt das noch stärker.

Als positives Beispiel für Deutschland wurde Mühlheim/Ruhr genannt, wo über "runde Tische" stadtteilbezogene Planungs- und Beteiligungsprozesse in Gang gesetzt werden. Allerdings sind die Stadtbezirke ungleich größer als im holländischen Modell und umfassen mehrere zehntausend Einwohner, wodurch der Effekt der Unmittelbarkeit vermindert ist.

Forum 2:**Familienselbsthilfe: Aspekte und Ansätze von Nutzen-Kosten-Analysen**

Statement: Eleonore Wachsmann, Leiterin des Kreisjugendamtes Traunstein u. Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft der oberbayerischen Jugendamtsleitungen – vertreten durch Anja Preuster-Stegmair, Mütterzentrum Traunstein

Das Mütterzentrum Traunstein - ein niederschwelliges Angebot der Jugendhilfe im Kosten-Nutzen-Vergleich

Vorgeschichte:

Der Verein „Mütterzentrum Traunstein e.V.“ gab sich am 11. April 1986 eine Satzung, die beim Amtsgericht Traunstein in das Vereinsregister eingetragen wurde.

Der Vereinszweck wurde wie folgt formuliert:

- a) Förderung von Bildung und Erziehung, insbesondere mit dem Ziel, daß Mütter ihre Fähigkeiten entfalten und weitergeben können;
- b) Förderung von Kontakten zwischen Hausfrauen, berufstätigen und alleinerziehenden Müttern und Alleinerziehenden.

Der Satzungszweck wird u.a. verwirklicht durch das Bemühen einer Begegnungsstätte, die Einrichtung von Gesprächskreisen, Laienkursen mit Kinderbetreuung, Kinderspielgruppen und andere gemeinsame Aktivitäten, für die der Verein die Trägerschaft übernimmt.

Ich gebe zu, als die Frauen der damaligen Vorstandschaft bei der Unterzeichneten vorsprachen und die Idee eines Mütterzentrums für unseren Landkreis mir offerierten, da waren meine ersten Gedanken - das bleibt ein Traum!

Ich konnte mir nicht vorstellen, daß die Landkreispolitik und die Gemeinden sich mit dieser Idee anfreunden könnten und dazu das nötige Geld bewilligen würden. Aber dank des unerschütterlichen Vorsatzes des harten Kerns des Vereins konnte der

Traum verwirklicht werden, ist Realität und inzwischen ein unverzichtbarer Bestandteil unter den sozialen Angeboten des Landkreises Traunstein mit seinen derzeit 162 000 Einwohnern geworden. Unser Landkreis ist ein Flächenlandkreis, in dem vor allem der Fremdenverkehr, die Landwirtschaft und zentriert die Industrie von großer Bedeutung sind.

Für das restliche Haushaltsjahr 1986 hatte der Verein damals kommunale Zuschüsse in Höhe von 2.500,- DM und für das Haushaltsjahr 1987 10.000,- DM erbeten, die auch bewilligt wurden. Seitens des Bayer. Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung wurde es im Rahmen einer Modellförderung bezuschußt.

Soweit in groben Zügen und wirklich bruchstückhaft die Schilderung der Anfangsgeschichte des Mütterzentrums Traunstein.

Derzeitige Situation:

Der Tätigkeitsbericht des Mütterzentrums für das Jahr 1997 wird zur Information beigelegt. Insofern braucht auf die Aktivitäten nicht gesondert eingegangen werden. Hervorzuheben ist jedoch, daß das Mütterzentrum Traunstein e.V. auch die Krisenwohnung des Landkreises betreut und mit dieser Betreuung einen unverzichtbaren Dienst an den Frauen und Müttern, die Gewalt erleben und erleiden müssen, erbringen. Im Moment wird das Mütterzentrum mit 49.000,- DM jährlich gefördert.

Ist dieses Angebot der allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie jährlich 49.000,- DM wert? Um welche Fallzahlen geht es dabei?

Selbstverständlich gibt es auch in unserem Landkreis die eine oder andere Nachfrage, ob das Geld schon gut angelegt ist und ob mit diesen Aufwendungen nicht noch dringendere Objekte gefördert werden könnten. Aber wir alle, die jahrzehntlang in der öffentlichen Jugendhilfe tätig sind, wissen doch, daß Präventionsleistungen nicht in Mark und Pfennig ausgedrückt werden können. Hier wird ein Produkt „lebensweltorientierte Jugendhilfe“ angeboten, das nicht zum "Ladenhüter" degeneriert, weil es heiß begehrt ist. Im Vergleich dazu hat eine Fachleistungsstunde für eine Hilfe zur Erziehung die 100,- DM-Grenze erreicht. Für den Förderbetrag des Mütterzentrums können 490 Stunden Hilfe zur Erziehung geleistet werden – nicht einmal ein Tropfen auf den heißen Stein. Von den Tagessätzen der Heime und der heilpädagogischen Tagesstätten ganz zu schweigen.

Abschließend möchte ich nun stichpunktartig an Hand eines aktuellen Beispiels aufzeigen, wie Mütterzentrum und Jugendamt zusammenarbeiten können und welcher Erfolg erzielt werden kann.

Eine junge Witwe, unter 30 Jahren, 2 Kinder, jahrelang drogenabhängig, kämpft darum, ihre beiden Kinder wieder selbst betreuen zu können. Das dritte Kind ist vor knapp vier Monaten durch Gewalteinwirkung ihres inzwischen inhaftierten Lebensgefährten zu Tode gekommen.

Das Kreisjugendamt leistete Hilfe zur Erziehung nach § 33 SGB VIII (Pflegegeldgewährung), obwohl die Kinder bei der mütterlichen Oma untergebracht waren, aber die Mutter war zu diesem Zeitpunkt nicht in der Lage, eigenverantwortlich die Kinder zu betreuen, die sie jedoch abgöttisch liebt. Dem Jugendamt mißtraute sie, weil die Kinder ja

durch das Jugendamt zur Oma kamen. Diese Oma war ihre leibliche Mutter, mit der sie nicht mehr klar kam. Nach mehreren Entzugsversuchen wandte sich die junge Frau an die Mitarbeiter des Mütterzentrums, die in vielen Gesprächen die Mutter motivieren konnten, mit einem Methadon-Programm zu beginnen, das sie nach wie vor durchhält. Mit der Vorsitzenden des Mütterzentrums kam sie zur Unterzeichneten und bat das Jugendamt um Unterstützung, daß sie ihre Kinder unter Aufsicht wieder selbst betreuen kann.

Derzeitige Situation:

Mutter und Kinder befinden sich bei der väterlichen Oma, die Kindesmutter stabilisiert sich zusehends. Auch der Kontakt zur mütterlichen Oma ist wieder zustande gekommen. Sowohl das Jugendamt wie auch das Mütterzentrum werden von der Kindesmutter tangiert und das Jugendamt konnte seine Pflegegeldzahlungen für 2 Kinder von mtl. insgesamt 2.200,- DM einstellen. Wenn wir nur die jährlichen Kosten hochrechnen, und das bei einem Fall, dann sieht das Einsparungspotential wie folgt aus:

$12 \times 2.200,- \text{ DM} = 26.400,- \text{ DM} = 1 \text{ alleinerziehende Mutter mit 2 Kindern!}$

Ohne Zusammenarbeit Mütterzentrum - Jugendamt würde die Realität anders aussehen. Und wie hoch rechnen wir das Wohl der Kinder an, die bei ihrer Mutter sein können, die sich sehr lieben.

Statement: Dr. Jakob Kandler

Die Politik, insbesondere auch die Kommunalpolitik, muß häufig Entscheidungen über soziale Leistungen treffen. Dazu braucht sie Transparenz über die vermutlichen Folgen dieser Entscheidungen (oder Nicht-Entscheidungen). Dazu dienen Nutzen-Kosten-Analysen, die diesbezüglich im wesentlichen bei der Beantwortung zweier Fragen behilflich sein können:

- Welche von mehreren möglichen Maßnahmen zur Erzielung eines bestimmten sozialen Nutzens verursacht die geringsten Kosten (Effizienztransparenz!)?
- Halte ich (als Politiker) das Verhältnis von Nutzen und Kosten einer sozialen Maßnahme im Vergleich zu anderen sozialen Maßnahmen (oder zu anderen Anforderungen an das Gemeinwesen), die um beschränkte Finanzmittel konkurrieren, für angemessen (Prioritäten-transparenz)?

Zusammenfassende Diskussion

Hervorgehoben wurde die Notwendigkeit, den „Wert“ der präventiven Leistungen zu ermitteln, um deutlich zu machen, was mit ihrer Hilfe bei Pflichtaufgaben einzusparen ist.

Anhand des Beispiels der Kosten-Nutzen-Rechnung zu den „Head-Start“-Programmen in den USA konnte aufgezeigt werden, daß hierfür besonders Längsschnitterhebungen und follow up-Erhebungen erst die wesentlichen „Effizienznachweise“ der Frühförderprogramme erbracht haben.

Das Beispiel der angeleiteten Gesprächskreise bei jungen Eltern, wie sie von Cowan & Cowan in den USA durchgeführt und untersucht wurden, zeigte ebenfalls den Wert von präventiven Angeboten:

- Mit Hilfe von konzeptionellen Ansätzen, wie z.B. dem des Familienlebenszyklus, können besondere Belastungssituationen und Krisen antizipiert werden (hier die Phase des Übergangs von der Paarsituation zu einer Familie mit einem Kleinkind).
- Evaluationen der Maßnahmen zeigten eine signifikant höhere Stabilität der begleiteten Familien gegenüber nicht-begleiteten Familien.

Forum 3:

Familienselbsthilfe und kommunale Förderpolitik

Statement: Dr. Petra Schmid-Urban, Sozialreferat München

These 1:

Kommunale Förderung von Familienselbsthilfe ist Ausdruck einer gestaltenden Sozialpolitik.

- als Chance und Aufgabe kommunaler Förderpolitik gegen Vereinzelung, Vereinsamung, Egoismus und soziale Ignoranz.

These 2:

Kommunale Förderung muß flexibel auf die jeweiligen Ausprägungen und Erfordernisse von (Familien-) Selbsthilfe reagieren.

- fördert das „WIR-Gefühl“ und wirkt gegen eine „OHNE-MICH“-Tendenz.

These 3:

Kommunale Förderung von Familienselbsthilfe hilft Versorgungslücken zu schließen, begünstigt konzeptionelle Weiterentwicklungen und neue Formen solidarischen Handelns.

Zusammenfassende Diskussion

- Die kommunale Förderung von Familienselbsthilfe zahlt sich aus. Denn sie trägt dazu bei, Versorgungslücken zu schließen und sie ist ein wichtiger Motor bei der Innovation und Weiterentwicklung sozialer Dienste. Sie sollte allerdings nicht als Ersatz für Regeleinrichtungen gesehen werden.
- Oft wird dem spezifischen Profil der Familienselbsthilfe in der Förderpolitik noch nicht genügend Rechnung getragen. Die Selbsthilfeförderung muß sich stärker ausdifferenzieren, um neben den Ansätzen zur Selbsthilfe im Gesundheitsbereich auch die Familienselbsthilfe stärker einzubeziehen.

These 4:

Kommunale Förderung von (Familien-) Selbsthilfe muß in ein sozialplanerisches Gesamtkonzept eingebunden sein.

Statement: Wilfrid Krüger, Jugendamt Bergisch Gladbach

Familienselbsthilfe

- ist Ansporn und Motor für die traditionellen Träger in den Feldern Jugend und Soziales.
- ersetzt / ergänzt staatliches Handeln und ermöglicht die Vielzahl, Vielfalt und (höhere) Förderung von Angeboten unter Wahrung des Subsidiaritätsprinzips.
- weckt das „Soziale Kapital“ und baut (Eigen-) Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger auf bzw. aus.

- Die Familienselbsthilfe weist auf einen zunehmenden Bedarf nach einem sozioökonomischen Zentrum im Gemeinwesen hin, einem multifunktionalen Treffpunkt, der für Jung und Alt, für Arbeitslose, Erziehungsurlauberinnen wie für Menschen ausländischer Herkunft eine neue Basis der Begegnung und der Betätigung bieten kann.
- Bei der Familienselbsthilfe genügt es nicht, Miet- und Sachkosten zu fördern. Wenn alle Teile der Bevölkerung daran teilnehmen sollen, braucht es auch eine Förderung von Personalkosten, sei es in Form von Stellen oder in Form eines Honoraropfs. Um die Vielfalt der Formen der Familienselbsthilfe zu fördern, müssen neue Förderrichtlinien geschaffen werden, die formalisierte Strukturen nicht als Voraussetzung festschreiben. Hierzu bedarf es vor allem eines politischen Gestaltungswillens der Kommunen.

Forum 4:**Familienselbsthilfe und bürgerschaftliches Engagement – neue Mischungen von Erwerbsarbeit und Eigenarbeit****Statement: Dr. Gerd Mutz**

Herr Mutz thematisierte neue Formen des Engagements in Verbindung mit der Umwandlung der Arbeitsgesellschaft. Dabei zeigte er auf, daß sich das neue bürgerschaftliche Engagement folgendermaßen kennzeichnen läßt:

1. Zum einen haben sich die Anforderungen an bürgerschaftliches Engagement verändert, d.h. bürgerschaftliches Engagement bildet sich immer mehr „von unten“ und nicht mehr über den verbandlichen Rahmen, wobei sich einige Projekte im Nachhinein diesen Rahmen geben. Die meisten Projekte des bürgerschaftlichen Engagements und der Familienselbsthilfe sind „grassroots“, die sich in den Gemeinden von unten über Laienkompetenz bilden, um vorort etwas Bestimmtes zu bewirken.
2. Zum anderen zeigen neuere Studien, daß sich der Personenkreis der Engagierten verändert hat. Bis weit in die 70er Jahre dominierten im traditionellen Ehrenamt Frauen, die nach der Familienphase hauptsächlich im Sozialbereich in ausführenden Tätigkeiten beschäftigt waren. Engagierte Männer waren weniger in Sozialbereichen, sondern z.B. im Sportverein neben der Erwerbstätigkeit und häufiger in leitender Position tätig. Neuere Daten zeichnen ein anderes Bild. Das Profil von Engagierten wird hauptsächlich durch „Normalfamilien“ - d.h. Männer und Frauen mittleren Alters mit zwei Kindern, gut situiert und mittlere bis höhere Ausbildung und vor allem in einem Beschäftigungsverhältnis stehend - geprägt und bürgerschaftliches Engagement wird als Handlungsmöglichkeit

benutzt. Der Anteil an Arbeitslosen ist mit 13% relativ gering. Darin zeigt sich, daß Menschen, die bereit sind, sich zu engagieren, in die Gesellschaft integriert sind. Die Forderung, arbeitslose Mitbürger sollten sich bürgerschaftlich engagieren, greift nicht – Bürgerarbeit ist keine Alternative zur Erwerbsarbeit, sondern funktioniert nur im Zusammenspiel.

3. Bezeichnend für das neue bürgerschaftliche Engagement ist auch die sog. biographische Passung. Engagement ist abhängig von bestimmten Lebensphasen. Menschen engagieren sich häufig dann, wenn sie in einem bestimmten Lebensalter von einem bestimmten Problem angesprochen werden und daraus eine Motivation entwickeln. Die Motive ändern sich, sie sind abhängig von der jeweiligen Lebenssituation. Motive und Gelegenheit (Gelegenheitsstrukturen) passen zusammen. Mit dem Anlaß (z.B. ein Kind) wird Engagement ange-regt. Analog dazu müßten in der Familie erworbene Qualifikationen mehr anerkannt und hervorgehoben werden.

Statement: Dr. Warnfried Dettling

Herr Dettling formulierte Fragen an die Praxisvertreter:

1. Dienen Familienselbsthilfe-Initiativen möglicherweise als Sprungbrett in den Beruf?
2. Welche Konnotationen verknüpfen sich mit dem Ehrenamt? Haben sich in der Praxis die

Motive für ehrenamtliches Engagement geändert, z.B. vom Ehrenamt als traditionelle Frauenbeschäftigung ohne Bezahlung über das Motiv, etwas für andere zu tun, bis hin zum Interesse, Gesellschaft an der Basis mitzubestimmen? Reproduzieren sich dabei die Spaltungsstrukturen der Gesellschaft?

3. Der alte Ehrenamtsbegriff bedeutete öffentliche Anerkennung und Sichtbarkeit, der Begriff 'Amt' vermittelt Dauer, Berechenbarkeit und Nachhaltigkeit. Wie kann das bürgerschaftliche Engagement öffentliche Anerkennung und Sichtbarkeit erhalten und einfordern?
4. Soziale Dienste in der Kommune sollten eine andere Form der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben erhalten und Mitbestimmungsmöglichkeiten an der Basis erhalten. Herr Dettling stellte als Frage in den Raum, wie es wäre, wenn die Eltern selber das Geld, z.B. für Kinderbetreuung, verwalten würden und sich ihre Einrichtung wählen könnten aus einer Fülle konkurrierender Träger: Mütterzentren, Elterninitiativen, kommunale Betreuung. Die Kommune wäre verantwortlich, Angebote und Ideen kämen aus der Gesellschaft.

Zusammenfassende Diskussion

Die Diskussion über das bürgerschaftliche Engagement wurde als zu stark aus dem Hochschulbereich kommend kritisiert, als Elfenbeinturm, und die Gefahr einer Mehrklassengesellschaft und der Ausgrenzung oder gesellschaftlichen Spaltung wurde thematisiert. „Dieselben, die sich im Erwerbsleben breit machen, besetzen auch die ehrenamtlichen Tätigkeitsfelder“, d.h. auch bürgerschaftliches Engagement fördert die bestehenden Mißverhältnisse. Dabei teilten die Referenten die Auffassung, daß ohne ein Umdenken die bestehen-

den Ungleichheiten sich verschärfen würden. Zu einer Umgestaltung gehört auch eine andere Verteilungspolitik. Andere Tätigkeiten sind nur dann möglich, wenn es eine andere Möglichkeit des Transfereinkommens gäbe, z.B. eine Art Bürger-einkommen als Basis für alle. Menschen, die erwerbstätig sind betonen, daß ihre Potentiale nicht erschöpft sind, daß sie noch etwas tun würden, wenn sie sozial abgesichert wären oder das Einkommen gewährleistet wäre. Hinzu käme noch eine Öffnung der Strukturen, um die Engagementbereitschaft einzubeziehen.

Zu der Frage, wie sich bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit aufteilen, gibt es unterschiedliche Überlegungen. Eine davon geht von Zeitphasen aus, z.B. Lebenszeit, Bildungszeit, Sozialzeit, Eigenzeit. D.h. es gibt Phasen, in denen keiner Erwerbsarbeit nachgegangen wird, weil gerade beide Eltern sich um die Kinder kümmern. Erwerbsarbeit könnte z.B. zeitlich begrenzt werden durch die Vorgabe eines bestimmten Zeitkontingents, das nicht überschritten werden darf. Schon jetzt denken viele Firmen, auch kleinere und mittlere Unternehmen, über Arbeitszeitkonten nach. Die Diskussion um die Veränderung der Arbeitsgesellschaft hin zu einer Tätigkeitsgesellschaft im Sinne von bürgerschaftlichem Engagement oder Familienselbsthilfe-Initiativen ist eine Idee, Denkprozesse in Gang zu setzen und Möglichkeiten zu schaffen, wie mit dem „Aussterben der Erwerbsarbeit“ zukünftig umgegangen werden kann.

Nicht nur zukünftig, schon aktuell werden durch das zunehmende Engagement im Familienselbsthilfebereich und im Rahmen des bürgerschaftlichen Engagements die professionell ausgestalteten Dienstleistungen berührt. Welche Dienste bleiben den "Profis", welchen "Qualitätskriterien" können die Initiativen standhalten? Eine Teilnehmerin faßte erklärend zusammen, daß es nicht um das Ersetzen

von Professionellen durch Laien geht, z.B. im therapeutischen Bereich, sondern es soll eine Gleichwertigkeit hergestellt werden, d.h. Laienkompetenz als eine flexible, spontane und bedürfnisorientierte Prävention und Unterstützung anerkannt werden, die ebenso Kontinuität und Verlässlichkeit gewährleisten kann – wie Mütterzentren, Elterninitiativen, Stillgruppen, Nachbarschaftszentren und dergleichen eindrucksvoll beweisen. Entscheidend für eine

gute, kontinuierliche Arbeit ist vor allem finanzielle Unterstützung, die das Entstehen von informellen Strukturen erst ermöglicht. Leider wird die Qualität von Laienberatung und gegenseitiger Unterstützung in ihrer Bedeutung oft nicht erkannt und „paßt oft nicht in die Fördertöpfe“. Gute Projekte können vor allem dann entstehen, wenn aktive Personen, finanzielle Zuwendungen, Bestätigung und Anerkennung auch von außen gegeben sind.

Familie, Selbsthilfe und die Landschaft des Sozialen im 21. Jahrhundert

Dr. Warnfried Dettling

Das Thema "Familienselbsthilfe" hat eine junge Geschichte, eine, so darf man hoffen, gute Zukunft und es gewinnt, das läßt sich voraussagen, in den kommenden Jahren eine besondere Brisanz und Aktualität.

(1.) Seit vor rund 25 Jahren die ersten praktischen Schritte getan (Mütterzentrum Salzgitter) und die ersten Ideen entwickelt wurden (Deutsches Jugendinstitut München), steht „Familienselbsthilfe“ für eine sozialpolitische Innovation, die damals wie heute alles andere als selbstverständlich war und ist.

Zunächst einmal und von allem Anfang an war **Familienselbsthilfe** eine Einladung an die Gesellschaft und ihre Akteure, die alten Schützengräben zu verlassen, und dies nicht einfach "nur", um für die Belange von Familien, von Müttern, Vätern und Kindern sensibler und aufmerksamer zu werden - an sich ja schon wichtig und legitim genug -, sondern darüber hinaus auch **Einladung und Angebot**, eine sozial angenehmere Gesellschaft zu schaffen, die Zeit und Raum hat für Kinder und ihre Familien. Es war

- eine Einladung an die Selbsthilfebewegung der 80er Jahre, die bekanntlich mit der Familie eher wenig im Sinn hatte und mit Familienwerten und -wirklichkeiten ein eher konservatives Milieu verband, mit dem sie lieber nichts zu tun haben wollte;
- eine Einladung an das eher konservative, bürgerliche Milieu, das zwar die Familienwerte hochhielt, Familie aber doch allzu oft als heile Welt, geschützten Raum, Rückzug und Abgrenzung gegen eine unwirtliche Gesellschaft und Arbeitswelt betrachtete und seine Schwie-

rigkeiten hatte, neue Formen von Familien zu denken und zuzulassen;

- eine Einladung nicht zuletzt an das sozialdemokratische Milieu, das die Berufsorientierung der Frauen zwar ernst nahm, aber mit den konservativen Wünschen auch fortschrittlicher Menschen nach Beziehungen, Kindern und Familie nicht gutelaunt und kreativ umgehen konnte und obendrein, als Ausweg aus dem Betreuungsdilemma etwa, eher auf staatliche und weniger auf gesellschaftliche Antworten setzte.

Familienselbsthilfe stand und steht quer zu den alten und auch neueren Denk- und Politikroutinen der Vergangenheit. Man kann es auch positiv wenden, und dann wird der politische Charme dieser Idee rasch deutlich: Familienselbsthilfe kann gedacht und praktiziert werden als der **Common Ground**, als gemeinsamer Grund und Raum, auf dem sich recht unterschiedliche Personen, Positionen, Lebenslagen einfinden können, aber doch verbunden durch gemeinsame Erfahrung und ein gemeinsames Ziel, nämlich soziale Orte zu schaffen und Zeiten zu haben, die öffentlich sind, aber nicht staatlich; in denen Menschen gern und freiwillig, aber nicht als Private aktiv werden und etwas miteinander unternehmen, was gut ist für sie selbst, für andere und für das gesamte soziale Umfeld. **Öffentlich, aber nicht staatlich, freiwillig, aber nicht privat**, so könnte man vielleicht Motto und Maxime der Familienselbsthilfe bündeln, und sie öffnet und behauptet damit einen sozialen Korridor jenseits von Staat und Markt, den später erst und dann vor allem in den USA (Benjamin Barber) die Anhänger einer Bürgergesellschaft und einer starken Demokratie ganz ähnlich beschrieben haben.

Familienselbsthilfe als Einladung und als Angebot fand ihren **äußeren Anlaß** wohl oft in Erscheinungen des Mangels, an Betreuungsmöglichkeiten für Kinder etwa oder auch einfach an sozialen Kontakten vor allem von Müttern, die über den Binnenraum der Familie hinausgingen. Aber die wirkliche, die **innere Ursache** für ihren Erfolg lag tiefer. Als Defizitveranstaltung oder als Ausfallbürge, weil eben Staat und die bürgerliche Familie auch nicht mehr sind, was sie einmal waren, hätte Familienselbsthilfe nicht diese Karriere gemacht, die dank sozialer Unternehmerinnen wie Hildegard Schoob, Monika Jaeckel und anderen von Salzgitter bis nach Nairobi und Little Rock in Arkansas führt und inzwischen auch die Aufmerksamkeit und die Unterstützung der Vereinten Nationen gefunden hat (vgl. dazu Monika Jaeckel und Andrea Laux: Bringing the Habitat Agenda Home - The Mothers Platform. Case Study in Baden Wuerttemberg, Germany, prepared for the Sustainable Cities Sourcebook on Gender Sensitive Environmental Management, 1998).

Wachsen konnte Familienselbsthilfe nur als Idee und Wirklichkeit eines offenen sozialen Raumes, der die Nachbarschaft aufnimmt, braucht und bereichert, als ein „Angebot“ von besonderer Qualität, die eben besser wird, wenn jenes nicht als staatliche Veranstaltung, sondern als eine Art Selbstorganisation der Gesellschaft betrieben wird. Familienselbsthilfe ist ein gelungenes Beispiel für den inneren Zusammenhang von Betreuung und Teilhabe, von politisch-sozialer Entwicklung und persönlichem Engagement, ein Beispiel auch dafür, wie man soziale Potentiale („Ressourcen“) mobilisieren und eben dadurch, uno actu, soziale Nachfrage befriedigen kann. Familienselbsthilfe, Teil und Zeichen einer Ökologie des Sozialen, ist **eine** Antwort auf die Bedrohung der sozialen Umwelt, auf den Verlust sozialer Räume, die sich überall auf der Welt beobachten lassen.

(2.) Familienselbsthilfe läßt sich somit begreifen als eine gesellschaftliche Antwort auf ein gesellschaftliches "Problem", das dadurch "gelöst" wird, daß auf neue Weise Soziales Kapital gebildet, soziale Infrastruktur geschaffen, der Gesellschaft soziales Leben eingehaucht wird, als eine neue Form auch des gesellschaftlichen Bewußtseins, Arbeit und Leben, Familie und Beruf und auch das Verhältnis der Geschlechter in eine neue Balance zu bringen. Das alles freilich nicht in naiver Selbstüberschätzung, als ob Familienselbsthilfe nun plötzlich ersetzen könnte, was bisher Staat und Kommunen und auch Unternehmen in diesem Bereich getan haben oder versäumen, wohl aber als leise oder laute Aufforderung über eine andere Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben nachzudenken.

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich ja der Fortschritt im Sozialstaat im allgemeinen und bei den sozialen Diensten im besonderen ereignet vor allem durch eine immer weitergehende Spezialisierung der sozialen Professionen und eine fortschreitende Differenzierung der sozialen Strukturen (Ämter), und niemand wird bestreiten, daß dies auf vielen sozialen Feldern tatsächlich Verbesserungen gebracht hat. Nun aber stellt sich die Frage, ob in einer veränderten Welt ein bloßes Fortschreiten auf diesem Wege zu weiteren Verbesserungen bei Gesundheit und Bildung, auf dem Arbeitsmarkt oder der Verbindung von Work & Life führen wird, oder ob nicht wenigstens als Ergänzung und Korrektur stärker in überschaubaren kleinen Räumen gedacht werden sollte, in denen, unter dem Auge des Hierarchen (der Kommune) öffentliche, gesellschaftliche und private Kräfte die sozialen Probleme gemeinsam definieren und jene Ressourcen, die finanziellen und die sozialen, gemeinsam zu mobilisieren trachten, die man für eine gedeihliche Entwicklung der lokalen Gesellschaft braucht. Diese neue Methode ganzheitlicher lokaler Politik entläßt Staat und Kommunen nicht aus ihrer Verantwort-

tung, versucht aber, die Hilfen des Staates (von der europäischen bis zur kommunalen Ebene) und von Unternehmen so zu organisieren, daß die Interessen und Fähigkeiten, die Ressourcen und Leidenschaften der Betroffenen und Beteiligten möglichst umfassend aktiviert und berücksichtigt werden, daß jede und jeder sich einbringen kann und niemand ausgegrenzt wird, daß nicht nur an den Status quo der herrschenden Verhältnisse noch dies oder jenes angebaut wird, sondern die Balancen zwischen Familie und Beruf, besser: zwischen Lebenswelt und Arbeitswelt und damit auch zwischen den Geschlechtern neu gemischt, neu austariert werden. So betrachtet war die Idee der Familienselbsthilfe auch ein Versprechen: daß, für **beide** Geschlechter, die bange Wahl zwischen einer eindimensionalen männlichen Berufsbiographie oder dem Rückzug in die Privatheit der Familie nicht das letzte Wort der gesellschaftlichen Entwicklung sein muß.

(3.) Das Leitbild, welches der Familienselbsthilfe zugrunde liegt, wird nicht nur wichtiger werden, wenn man die künftigen Entwicklungen bedenkt, es wird auch aktueller und umstrittener werden, wenn man an die künftigen politischen Debatten denkt. Ich fürchte: Alte Fronten werden wieder aufgerissen, alte Schützengräben wieder ausgehoben, die Debatte wird auf einen Stand zurückfallen, den man eigentlich schon überwunden glaubte. Es könnte sein, daß wir in dieser Legislaturperiode eine Art **Refundamentalisierung der familienpolitischen Debatte** erleben werden, wie man sie nicht mehr für möglich gehalten hätte. Anlaß wird der Streit bieten über einige Änderungen, die die neue Bundesregierung vorhat: Ehegattensplitting, Elternurlaub, bei der Aufwertung nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Dann werden wieder Fronten entstehen, wie man sie ja jüngst schon im Fernsehen besichtigen konnte: eine ehemalige Familienministerin der CDU und ein Erzbischof aus Fulda auf der einen Seite und auf der anderen VertreterInnen und

Anwältinnen von Lesben und Schwulen und nicht-ehelichen Lebensgemeinschaften, Kulissen, Dramaturgie und dramatis personae aus einem Stück, das eigentlich vom Spielplan längst abgesetzt war und das völlig vergessen macht, daß das eigentliche soziale Spiel und Drama in den Familienwirklichkeiten auf dem weiten Feld dazwischen, zwischen den ideologisch aufgerüsteten Fronten, zur Aufführung kommt, dort gespielt, erkämpft und erlitten wird, von real existierenden Familien, Paaren, Alleinerziehenden, Müttern, Vätern, Kindern, die in diesen Zeiten die Lust und Last und allemal das Wagnis von Liebe und Familie eingehen und sich dabei oft genug, wie im fünften Familienbericht der Bundesregierung gesagt worden ist, einer "strukturellen Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft" konfrontiert sehen.

Ich fürchte also, **die einen, jene in der Opposition, werden sich rückwärtsgewandter outen, als man es hätte vermuten können.** Wahlfreiheit, Gleichberechtigung, Partnerschaft waren seit der Mannheimener Erklärung von 1975 die Leitbegriffe der CDU, und nach der Wende von 1982 haben Heiner Geißler und Rita Süßmuth viel getan, durch Wort und Tat, um die CDU an die neuen Familien- und Frauenwirklichkeiten heranzuführen, nicht zuletzt auf dem Essener Parteitag 1985. Bald wird sich zeigen, ob diesem Versuch einer Neuorientierung der CDU ein nachhaltiger Erfolg beschieden gewesen sein wird - oder ob die heimliche Hoffnung, die Botschaft hinter der Botschaft, die viele in der CDU wohl hatten, als sie staunten über die neuen Themen und Thesen, sich letztendlich durchsetzen wird, eine Hoffnung, vergleichbar manchen westlichen Gedanken an eine künftige Wiedervereinigung, die viele sich ja so vorgestellt hatten: Die einen, jene im Westen, können bleiben, wie und was sie schon immer waren, und die anderen, jene im Osten, bringen die Anpassungsleistungen für die schöne neue Welt. Die Frauen als die Osis der

Gleichberechtigung? So wird es nicht kommen. Einen backlash in der Welt der Wirklichkeit wird es nicht geben. Aber in der Welt als Wille und Vorstellung ist nichts unmöglich, und von dort ausgehend kann er viel Unheil anrichten und die Leiden der Familien vermehren.

Und die anderen, die in der Regierung, werden durch die Logik der Konfrontation und auch aus eigenem politischen Triebe in jener politischen Ecke sich wiederfinden, in der sich die Schutzheiligen für Randgruppen und Minderheiten sammeln, **eine Ecke, aus der heraus es schwer fällt, das Familienleben als eine eigene und gleichwertige Domäne neben dem Arbeitsleben anzuerkennen.** Familien und Kinder und Mütter und Väter sind mehr als "Leistungsträger der Gesellschaft", wie es recht technokratisch im Koalitionsvertrag heißt. Wenn die neue Regierung die Transfers dorthin konzentriert, wo Kinder aufwachsen, wenn der Erziehungsurlaub neu gestaltet wird, so daß dabei nicht nur die ersten drei Jahre und de facto nur die Frauen in Frage kommen, dann ist das wohl ein Denken in die richtige Richtung. Ehegattensplitting und Erziehungsgeld und -urlaub an einem langen zeitlichen Stück sind durchaus ambivalent in ihren Wirkungen: Sie bringen Zeit und Geld in die Familien, aber sie zementieren auch ein Stück weit die traditionellen Geschlechtsrollen. Eine intelligente Familienpolitik wird das beachten und darüber hinaus nach Wegen fahnden müssen, auch für Männer mehr Zeit für Familien freizuschlagen, etwa dadurch, daß Teilzeit sozialrechtlich attraktiver wird oder dadurch, daß die Mittel, die in manchen Bundesländern für das dritte Erziehungsjahr vorgesehen sind, dafür umgeschichtet werden, das Erziehungsgeld im ersten Jahr so anzuheben, daß es auch für Männer attraktiv wird.

Damit die Idee, die in der Familienselbsthilfe steckt, gesellschaftlich breitere Resonanz findet,

braucht es einen kulturellen Wandel, was die Selbstdefinition der Männer jenseits der Erwerbsarbeit betrifft, und dieser Wandel braucht wiederum seine Zeit. Aber es bedarf auch der richtigen familienpolitischen Akzente und Anreize. Man darf gespannt sein, ob die Regierung Schröder/Fischer auf diesem Feld eine "neue Mitte" finden wird, zwischen den ritualisierten Familienwerten einerseits, der Fixierung auf Erwerbsarbeit und Abbau der Zahl der Arbeitslosen andererseits. Das wird man bald ablesen können an der Politik im Großen und Ganzen (ob die Gedanken bei Tagesbetreuung immerzu an feste Einrichtungen, bei Tagesmüttern vor allem an deren Sozialversicherungspflicht gehen und einem bei Teilzeitarbeit vor allem einfällt, daß man davon nicht leben kann), und es wird sich zeigen im Kleinen und Besonderen, wie etwa mit Fragen und Fachreferaten und Projekten wie Selbsthilfe, Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement oder eben auch Familienselbsthilfe umgegangen wird, ob sie erst einmal begrifflich der political correctness und später dann auch der Förderung zum Opfer fallen. Das kommunitaristische Defizit der Regierung Schröder/Fischer (vgl. dazu Warnfried Dettling: Neue Mehrheit, alte Mitte und kein politischer Horizont? in: Kommune. Zeitschrift für Politik, Ökonomie, Kultur, Nr. 12/98, S. 6-9) markiert nicht nur einen deutlichen Unterschied zur politischen Philosophie Tony Blairs und Bill Clintons, es kann, im schlimmsten Falle, auch ganz handfeste Konsequenzen haben für unzählige Initiativen des sozialen und bürgerschaftlichen Engagements.

(4.) Es ist also gut möglich, daß es in der Rhetorik und Praxis der Familienpolitik einen gewissen backlash geben wird, der gerade aus der Perspektive der Familienselbsthilfe schwer verständlich und auch ärgerlich sein wird. Um "Erbarmen mit den Politikern" hat vor Jahren einmal Hans Magnus Enzensberger gebeten, und er hat es nicht so böse

gemeint wie es klingt, analytisch eher als sentimental. Ein solches Erbarmen wäre künftig besonders angebracht für Themen wie Ehe, Familie und Selbsthilfe, und dieses Erbarmen dürfte dann nicht nur jene einschließen, die in Regierung oder Opposition handelnd tätig sind, sondern auch die Allermeisten, die in den Medien darüber schreiben, reden, moderieren. Wenn man künftig auch ansonsten intelligente Leute auf beiden Seiten über diese Themen hören wird in einer "Rhetorik der Reaktion" (Albert O. Hirschman), die überwunden zu sein schien, dann sollte man sich vergegenwärtigen, daß und warum man der Zeit ihre Zeit lassen sollte:

- In den vergangenen dreißig Jahren seit 1968 ist fast in allen westlichen Demokratien eine *kulturell gesplante Gesellschaft* entstanden, in der einerseits die alten Werte und Institutionen hochgehalten werden, etwa die traditionelle Familie, andererseits aber auch, selbst und gerade von den Kindern des „bürgerlichen Lagers“ nach neuen und anderen Werten und Leitbildern gelebt wird. Es hat sich ein neues Verständnis von Familie durchgesetzt, und damit haben, verständlicherweise, alle konservativen, bürgerlichen, rechten Parteien so ihre Probleme.
- In dem letzten Viertel dieses Jahrhunderts haben sich in allen entwickelten Industriegesellschaften des Westens Tendenzen einer **sozial gesplanten Gesellschaft** am Horizont abgezeichnet, sichtbar an der steigenden Zahl der Arbeitslosen. Erwerbsarbeit, bisher Anker für Lebensqualität und soziale Sicherheit, verändert ihren Charakter, ihren Umfang, aber auch ihre Qualität, und damit haben, verständlicherweise, alle linken, fortschrittlichen, sozialdemokratischen Parteien so ihre Schwierigkeiten.

Die beiden großen politischen Richtungen und geistigen Strömungen sehen, wie ihre sozialmoralischen Milieus und ihre sozialstrukturellen Grundlagen zerbröseln. In dieser Lage gibt es und lassen sich zwei Reaktionen beobachten: ein Festhalten an den traditionellen Errungenschaften bei gleichzeitigem Jammern über deren Ende, Niedergang, Verfall. Warum eigentlich und woher kommt, so möchte man einwerfen, die rückwärtsgewandte Laudatio auf eine Gesellschaft, die geprägt war durch die Spaltung zwischen Arbeit und Familie, durch das Auseinanderreißen der Lebenswelten, durch die Trennung der geschlechtsspezifischen sozialen Aktivitäten, durch starre Zeiten und große Anstalten? Was war und was ist eigentlich so attraktiv daran, sämtliche Bereiche den Imperativen der Ökonomie und der Arbeitswelt zu unterwerfen? Warum fällt es so schwer, das emanzipatorische Potential der „Befreiung des Menschen von falscher Arbeit“, also von all jener Arbeit, die auch Maschinen erledigen können, zu sehen, zu gestalten und - zu feiern? Es gibt auch eine andere Art, den sozialen Wandel zu lesen und zu leben: Die Familien-selbsthilfe bietet ein Exempel, wie man an den Graswurzeln der Demokratie kreativ auf Veränderungen in der Arbeits- und in der Familien- und Beziehungswelt reagieren kann. Sie ist an vielen kleinen Orten Teil und Akteur einer neuen sozialen Landschaft geworden, und sie konnte dies werden, weil sie selbst eine kreative Antwort darstellt auf die großflächige Veränderung der sozialen Landschaft in den letzten Dekaden des 20. Jahrhunderts.

(5.) Die soziale Landschaft der Industriegesellschaft glich einem französischen Park: alles rechtwinklig angelegt, Bäume und Sträucher kunstvoll geschnitten, eine künstliche Ordnung allenthalben. Eine soziale Landschaft, die sich darstellte in Einrichtungen und Anstalten, mit festen Zeiten, klaren Vorschriften und Strukturen. Die soziale Landschaft, die vor uns liegt, gleicht dagegen eher einem

Englischen Garten, in dem es natürlicher zugeht, chaotischer vielleicht, aber auch lebendiger. Beziehungen werden wichtiger als Institutionen und soziale Netzwerke wichtiger als starre Gehäuse.

Das nächste Jahrhundert wird vermutlich keine ökonomischen Probleme aufwerfen. Globalisierung und Digitalisierung, die internationale Arbeitsteilung und die Computerrevolution, werden den **wirtschaftlichen** Reichtum der Nationen mehren. Die Welt, Europa und auch Deutschland werden **insgesamt** und **ökonomisch** betrachtet reicher werden. Mit dem wachsenden Reichtum wachsen freilich auch die Ungleichheiten, und es drohen ganze Gruppen und Regionen, soziale Bereiche und Lebensphasen von der Entwicklung abgehängt und ausgegrenzt zu werden. Das kommende Jahrhundert wird deshalb Fragen der Organisation des Arbeitslebens und der Arbeitswelt, Fragen des sozialen Zusammenhaltes und Fragen der Organisation der persönlichen Biographie wieder grundsätzlich auf die Tagesordnung der Politik setzen. Die Einheitlichkeit der Lebensführung in Raum und Zeit wird wohl eher abnehmen. Wenn der flexible und mobile Mensch, über den sich der Wirtschaftsstandort Deutschland freut, nicht zu einem beziehungslosen Wesen verkümmern soll, das allen sozialen Ballast abgeworfen hat; wenn der **Lebensort Deutschland** auch in sozialer und menschlicher Hinsicht lebendig und liebenswert bleiben oder wieder werden soll, dann bedarf es der Pflege der sozialen Landschaften als einer gemeinsamen Aufgabe von Staat, Wirtschaft und Bürgergesellschaft (ausführlicher dazu in: Warnfried Dettling, Wirtschaftskummerland? Nach dem Globalisierungsschock: Wege aus der Krise, München: Kindler, 1998).